

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag
„Wir in den Kommunen – wir in Europa“ Seite 2 – 27

Leitantrag
**„Aufgaben der Parteireform für den
PDS-Landesverband Sachsen-Anhalt“** Seite 28 – 38

Beschluss
**„Sozialreformen ohne Sozialabbau!“
Soziale Politik – Soziale Sicherheit – Chancengleichheit** Seite 39 – 42

Beschluss
„Schulentwicklungsplanung“ Seite 43 – 44

Material
„PDS zur Schulentwicklungsplanung in Sachsen-Anhalt“ Seite 45 - 57

Leitantrag

„Wir in den Kommunen - wir in Europa“

(Beschluss der 1. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt
am 21. und 22. Juni 2003 in Magdeburg)

Die Kommunal- und Europawahlen 2004 in Sachsen-Anhalt werden zu einem wichtigen Markstein für die weitere Entwicklung der PDS. Wir wollen die kommunalpolitische Kompetenz der PDS und unserer KandidatInnen öffentlich unter Beweis stellen und verdeutlichen, welche Auswirkungen die Entwicklungen beim Zusammenwachsen Europas auf das Leben in den Ländern, Städten und Gemeinden haben. Dabei legt die PDS den Schwerpunkt auf die Entwicklung gleichwertiger wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Lebensverhältnisse in den Ländern der Europäischen Union.

In diesem Sinne wird sich die Arbeit des Landesverbandes im kommenden Jahr auf die Vorbereitung der Kommunal- und Europawahlen konzentrieren.

Eng damit verbunden ist der Kampf gegen eine Politik des sozialen Kahlschlages, wie sie die derzeitige Bundes- aber auch Landesregierung betreibt, und die Weiterentwicklung eigener Vorschläge zu einer solidarischen Gestaltung sozialer Sicherungssysteme auf der Grundlage eines veränderten Verteilungsprinzips des gesellschaftlichen Reichtums.

Der Landesverband der PDS wird die vor ihm stehenden Aufgaben nur bewältigen können, wenn im Landesverband und in den Kreisen die Vorhaben der Parteireform zur strukturellen Erneuerung der Partei und der Kommunikation in der Partei und in die Öffentlichkeit hinein zügig fortgesetzt werden.

I.

Ein solidarisches und friedliches Europa schaffen

Die Europäische Union steht gegenwärtig vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Die Erweiterung der Europäischen Union durch den Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2004 ist eine historische Zäsur, die den europäischen Kontinent grundlegend verändern wird. Das positive Meistern dieser Herausforderung ist eine entscheidende Voraussetzung für Bewahrung und Weiterentwicklung des solidarischen Sozialstaatsprinzips in der Europäischen Union im globalen Wettbewerb und damit auch für die Erhaltung des inneren und äußeren Friedens.

Die PDS als sozialistische europäische Partei unterstützt die europäische Einigung und engagiert sich mit ihren politischen Konzepten für eine friedliche, soziale und demokratische Entwicklung der Europäischen Union.

Wir sehen die Chancen, aber auch die Probleme in einer erweiterten Union. Gerade die unterschiedliche Haltung der einzelnen EU-Mitgliedstaaten und auch der Beitrittsländer zum Irak-Krieg der USA machen die Kompliziertheit der vor uns stehenden Probleme deutlich. Lösungsansätze in Richtung auch einer friedensstiftenden globalen Rolle der Europäischen Union werden nur dann möglich sein, wenn es gelingt, die politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in einer Europäischen Union der 25 zu lösen.

Die PDS setzt sich für eine grundlegende Reform aller Instrumentarien der Europäischen Union ein. Wir erwarten von dem laufenden verfassungsgebenden Prozess und der künftigen Verfassungswirklichkeit in der Europäischen Union eine Stärkung der Rechte des europäischen Parlaments und eine Demokratie, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Europa selbst aktiv mitzugestalten.

Die PDS tritt für eine Verteilung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union, den Mitgliedsstaaten und den Regionen ein. Unter Beachtung der innerstaatlichen Regelungen brauchen die Regionen den größtmöglichen Freiraum für eine eigenständige Gestaltung ihrer wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Politik.

Die Grundrechtecharta als Bestandteil der künftigen Verfassung der Europäischen Union muss umgesetzt werden und individuell einklagbar sein. Der gegenwärtige Kurs der Europäischen Union, die konsequente neoliberale Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Ausgestaltung des Binnenmarktes nach den Prinzipien eines Manchesterkapitalismus werden die Krise nur vertiefen. Das europäische Sozialmodell mit starker Sozial- und Wohlfahrtstaatlichkeit und mit solidarisch umverteilenden sozialen Sicherungssystemen muss erhalten und gestärkt werden.

Die Vision von einem Europa der Regionen, in dem die Bürgerinnen und Bürger zu Hause sind, in dem sie arbeiten und leben, ist nur umzusetzen, wenn wir uns konsequent gegen Diskriminierungen jeglicher Art und für die Wahrung der Grund- und Menschenrechte einsetzen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Verschiedenheit der Menschen geachtet und geschützt wird. Betroffene, wie z.B. Migrantinnen und Migranten, Lesben und Schwule, Menschen mit und ohne Behinderungen müssen ihre Interessen und Rechte selbst wirksam in der Gesellschaft und den entsprechenden Gremien vertreten können.

In der Europäischen Union herrschen große Unterschiede in der Verteilung des Reichtums und der Beschäftigung nicht nur zwischen den Mitgliedsstaaten sondern zwischen den Regionen. Die PDS tritt deshalb für eine Regionalpolitik auch in der Europäischen Union der 25 ein, die auf die Schaffung ausgeglichener Lebensbedingungen gerichtet ist. Regionale Wirtschaftskreisläufe und die volle Nutzung des Wissens und Könnens der Menschen müssen durch eine sinnvolle Struktur- und Kohäsionsfondpolitik gefördert werden. Der Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union darf nicht dazu führen, dass die bisher geförderten Regionen durch das Raster fallen. EU-Förderpolitik muss künftig der Entwicklung der Region in ihrer Gesamtheit dienen und zukunftsfähige Dauer-

arbeitsplätze für Frauen und Männer schaffen sowie auf die Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung gerichtet sein.

EU-Politik ist bisher weitestgehend Sache der Landesregierung. Sie formuliert die Grundsätze und vertritt das Land in den ihm zugänglichen Bundes- und EU-Gremien. Die PDS setzt sich für eine stärkere Beteiligung des Landesparlamentes und der Zivilgesellschaft ein. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sollten die europapolitischen Angelegenheiten des Landes entschieden werden. Nur so kann Transparenz erreicht und die Europäische Union erfahrbar werden.

Die PDS setzt sich dafür ein, dass Entscheidungen dort gefällt werden, wo die jeweiligen Probleme am sinnvollsten und effektivsten gelöst werden können. Die Aufgabenverteilung zwischen der Union, den Mitgliedstaaten, den Regionen und den Kommunen ist so zu gestalten, dass Bürgernähe, Transparenz und Vereinfachung von Entscheidungsstrukturen erreicht werden. Das setzt voraus, dass die Kommunen auch in der Bundesrepublik in die Entscheidungsprozesse über die Aufgaben, die sie letztlich lösen müssen, von Anfang an konsequent einbezogen werden müssen.

Angesichts der zunehmenden Globalisierung und den damit verbundenen Prozessen der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung gilt es in den Kommunen, die Bereiche der Daseinsvorsorge zu verteidigen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen trotz der Finanznot der Kommunen selbst entscheiden, auf welche Bereiche des kommunalen Lebens sie verzichten wollen, welche sie in private Hand legen und welche sie unter kommunale Aufsicht stellen wollen. Die Finanznot der Kommunen darf nicht der Einstieg in die durchgängige Privatisierung sein.

Die Finanzkraft der Kommunen hängt u.a. von ihren Einnahmen ab. Starke ostdeutsche Unternehmen, die Gewerbesteuern zahlen, sind deshalb das Faustpfand für die Kommunen. Deshalb sollten Kommunen und sachsen-anhaltische Unternehmen gemeinsam die Chancen der EU-Osterweiterung nutzen. Sachsen-Anhalt darf nicht zur bloßen Transitregion zwischen Westeuropa und den neuen EU-Mitgliedsstaaten werden. Netzwerke kleiner und mittlerer Unternehmen sollten verstärkt in die vorhandenen bzw. wieder zu belebenden Partnerschaften der Kommunen mit Kommunen in den Ländern Mittel- und Osteuropas einbezogen werden.

II.

Die Kommunen in der Krise eine andere Kommunalpolitik ist nötig

Die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt entscheiden 2004 bei den Kommunalwahlen erneut darüber, wer in den Gemeinde- und Stadträten sowie in den Kreistagen künftig ihre Interessen vertreten wird. Auch die PDS wirbt mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten dabei um Vertrauen, Einfluss und Verantwortung.

Wir werden mit der Tatsache konfrontiert, dass Bürgerinnen und Bürger auch bei kommunalen Wahlen zunehmend am Sinn ihrer Wählerstimme zweifeln. Die niedrige Wahlbeteiligung zeigt - vielerorts geben nicht einmal mehr die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab -, dass sich auch die Kommunalpolitik in einer tiefen Krise

befindet. Die Politikverdrossenheit hat die Kommunen erreicht und kann immer weniger allein durch den Bekanntheitsgrad bzw. das persönliche Ansehen der MandatsträgerInnen kompensiert werden. Vor allem die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen engt die politischen Handlungsspielräume mehr ein. Politische Unterschiede zwischen den Parteien bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens vor Ort können kaum noch sichtbar gemacht werden. Alarmierend ist, dass mehr als 75 Prozent der Landkreise, Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt keine ausgeglichenen Haushalte mehr erreichen. So muss zunehmend nur noch der Mangel verwaltet, müssen Leistungen gekürzt, Zuweisungen gestrichen, Gebühren und Beiträge erhöht und Stellen reduziert werden. Viele junge Menschen wandern ab, weil sie hier keine Berufs- und Lebenschancen erhalten.

Deshalb muss im Mittelpunkt all unserer Bemühungen die Aufgabe stehen, die kommunale Selbstverwaltung wiederzugewinnen und zu verteidigen, die gegenwärtig durch Bund und Land politisch und finanziell stranguliert und zunehmend auch von Entscheidungen der Europäischen Union beeinträchtigt wird. Nur starke kommunale Vertretungen und engagierte Bürgerinnen und Bürger können dieser Entwicklung Einhalt gebieten, gegensteuern, Veränderungen von unten einfordern und erzwingen. Das ist dringend nötig, denn seit den letzten Kommunalwahlen 1999 haben sich die Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik bundesweit und auch in Sachsen-Anhalt drastisch verschlechtert. Das zeigt sich an solchen ausgewählten Beispielen:

- Die **Steuereinnahmen** der Kommunen sind durch die verheerende Steuerpolitik des Bundes und durch das Wirken konjunktureller und bevölkerungspolitischer Entwicklungen ständig gesunken - die PDS fordert deshalb eine grundlegende Gemeindefinanzreform auf Bundesebene, die dem Konnexitätsprinzip Rechnung trägt und die kommunale Handlungsfähigkeit vor allem durch die Erhöhung des Steueranteils der Kommunen auf Dauer gewährleistet. Bis diese Reform den Kommunen wieder kommunale Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung gewährleistet, fordert die PDS ein befristetes Investitionshilfeprogramm, das der Bund für Städte und Gemeinden in Höhe von 7,5 Mrd. Euro direkt, pauschal, unbürokratisch und kofinanzierungsfrei zuweist.

- Die **Zuweisungen** aus dem Finanzausgleichsgesetz des Landes an die Kommunen sind im Zeitraum 1999 bis 2003 etwa um 400 Mio. Euro reduziert worden, davon allein von 2002 bis 2003 unter der CDU/FDP-Regierung um 200 Mio. Euro. Dies geschah, obwohl den Kommunen ständig neue Aufgaben übertragen werden und sie steigende Ausgaben z.B. im Sozialhilfebereich zu bewältigen haben. Die PDS fordert, dass die Landesregierung die Verpflichtung zur aufgabenbezogenen Finanzausstattung der Kommunen entsprechend der Landesverfassung auch wahrnimmt.

- Die **Einführung der sozialen Grundsicherung** ab 1. Januar 2003 führt bei den Landkreisen zu erheblichen personellen und finanziellen Mehrbelastungen. Im Landeshaushalt ist eine Erstattung von 10,5 Mio. Euro vorgesehen, tatsächlich werden aber 56 Mio. Euro oder mehr an Ausgaben erwartet - die PDS fordert, dass den Landkreisen die tatsächlich entstehenden Ausgaben für die soziale Grundsicherung (Pflichtaufgabe) durch den Bund und das Land erstattet werden.

- Im **Personalbereich** haben die Landkreise, Städte und Gemeinden in den vergangenen Jahren erhebliche Einsparungen trotz angestiegener Verwaltungs-

aufgaben und ständig höherer Anforderungen an Dienstleistungen getätigt. Dagegen ist der notwendige Stellenabbau auf Landesebene nicht im gleichen Maße erfolgt, es sind sogar auch in diesem Jahr erhebliche Steigerungen bei den Personalkosten festzustellen. Die PDS fordert, durch ein Personal- und Verwaltungskonzept auf Landesebene auch dort mittelfristig Einsparungen durchzusetzen.

- **Ausbildungsplätze** werden besonders benötigt, um Jugendlichen in Sachsen-Anhalt eine Zukunft zu geben. Zu Beginn des Ausbildungsjahres waren 4.830 Jugendliche in Sachsen-Anhalt noch ohne ein Ausbildungsangebot - es fehlen auch gegenüber dem Vorjahr etwa 2000 betriebliche Ausbildungsplätze. Das ist mit Abstand der niedrigste Stand an betrieblichen Ausbildungsplätzen seit 1992! - Die PDS fordert, mit einem Jugendaktionsprogramm als komplexem Förderprogramm über 4 Jahre in Höhe von 40 Mio. Euro realisierbare Perspektiven für junge Leute *hier* zu schaffen!

Die PDS in Sachsen-Anhalt hat sich bisher mit mehr als 1000 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, mit 48 gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und einem Landrat täglich der Verantwortung gestellt und versucht, mit neuen Ideen und Lösungsansätzen - trotz widriger Rahmenbedingungen - aus den sogenannten Sachzwängen auszubrechen und für die Betroffenen gerechtere soziale Bedingungen zu schaffen. Mit den Kommunalwahlen 2004 wollen wir uns vor Ort noch stärker auf solche Lösungswege konzentrieren, die die Interessen und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nach sozialer Gerechtigkeit, mehr kommunaler Selbstverwaltung und demokratischer Mitbestimmung verwirklichen helfen.

Dazu brauchen wir jede Stimme von den Wählerinnen und Wählern - sowohl von denen, die uns bisher gewählt haben, als auch von denen, die wir noch nicht oder nicht mehr erreicht haben. Aber auch von allen, die mit uns die Auffassung teilen: Resignieren hilft nicht! Veränderungen von unten gemeinsam erkämpfen und gestalten! Die Unzufriedenheit muss produktiv gemacht werden - so wird eine andere Kommunalpolitik möglich!

Linke Kommunalpolitik im Spannungsfeld von Vision und Realität

ein Diskussionsangebot

Zur Alltagserfahrung aller PDS-KommunalpolitikerInnen gehört es, dass linke Visionen und berechtigte Forderungen an andere Politikebenen nicht den Umgang mit den konkreten, sich tendenziell verschlechternden Rahmenbedingungen von heute ersetzen. Die PDS steht in der Verantwortung, verstärkt diese Probleme zu diskutieren. Neue Herausforderungen müssen erkannt, sowohl ihre Risiken- und Chancenpotenziale für Kommunalpolitik bestimmt und daraus Handlungsstrategien abgeleitet werden.

1. Die kommunale Daseinsvorsorge im strukturellen Umbruch und vor neuen inhaltlichen Herausforderungen

Die Kommunen haben über Jahrzehnte in der Bundesrepublik einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge geleistet. Nunmehr steht die öffentliche aber vor allem auch die kommunale Daseinsvorsorge in Europa und in Deutschland vor der größten Zäsur ihrer Geschichte. Durch die Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen der EU, des Bundes, der Länder aber auch vielerorts durch kommunale Bestrebungen selbst - wird die Leistungsfähigkeit der Kommunen für die Schaffung annähernd gleichwertiger Lebensverhältnisse dauerhaft geschwächt. Traditionelle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasser- und Energieversorgung, Abwasserbeseitigung, Öffentlicher Personennahverkehr, örtliches Gesundheitswesen werden schon heute verstärkt dem Markt unterworfen.

Dieser Entwicklung liegt ein sehr **unterschiedliches politisches Verständnis über den Inhalt öffentlicher Daseinsvorsorge**, deren Grundlagen und Sicherungsformen zu Grunde. Für linke Politik kann die Wahrung des Sozialstaatsgebotes, welches zur Gewährung sozialer (Mindest)Leistungen sowohl allgemeiner als auch individueller Natur verpflichtet, lediglich die Ausgangsbasis sein. Bei der Beurteilung kommunal-politischer Entscheidungen muss kommunale Daseinsvorsorge immer als eine bestimmte Qualität des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger, als ein bestimmter Typ sozialer Beziehungen und eine bestimmte Qualität des Zusammenhalts charakterisiert werden. Insofern schlägt eine aus diesem Kontext losgelöste ausschließliche Beurteilung einzelner Aufgaben ebenso fehl, wie eine alleinige Ausrichtung auf eine ausschließlich kommunale Aufgabenerfüllung aller Aufgaben der Daseinsvorsorge oder das strikte Dogma der Privatisierung. Verstärkt sollte sich die PDS dafür engagieren, dass Entscheidungen über Privatisierungen dem Bürgerwillen durch Bürgerentscheide unterworfen werden.

Die Kommunen von der „Aufgaben- zur Verantwortungswahrnehmung“, dies ist ein propagiertes Element des Wandlungsprozesses zur Unterstützung des Konzeptes eines schlanken, aktivierenden Staates. Die Kommunen sollen künftig eine Vielzahl von Aufgaben nicht mehr selbst erledigen, sondern *nur noch* die Verantwortung für ihre Erledigung wahrnehmen. Die Instrumente, mit denen die Kommunen diese Verantwortung tragen können, sind jedoch unklar oder gar nicht bestimmt. So kommt es zwar vielerorts zu Auslagerungen von Aufgaben, jedoch sind deren Folgen für andere Bereiche und die Qualität der Aufgabenwahrnehmung weitgehend der demokratischen Kontrolle der gewählten Gremien entzogen. In der Konsequenz kommt es nicht selten zu einer Privatisierung der Gewinne und der Kommunalisierung (Vergesellschaftung) der Verluste, was zur Aushöhlung des Sozialstaatsgebotes auf kommunaler Ebene führt. Diese Entwicklung kritisiert die PDS vor allem deshalb entschieden, weil parallel zu diesen strukturellen Einbrüchen keine alternativen Strukturen, keine finanziellen und völlig unzureichende rechtliche Gewährleistungsmechanismen für die Daseinsvorsorge aufgebaut werden. Es muss im Selbstverständnis linker Politik liegen, nicht nur mit einer Bestandsschutz- und Bewahrungspolitik der Privatisierungseuphorie entgegenzusteuern sondern vor allem verstärkt konzeptionelle und politische Angebote für Instrumente und Mechanismen der Verantwortungswahrnehmung in die politische Debatte zu bringen.

Völlig neue inhaltliche Herausforderungen stellen sich aber auch durch andere gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, so dem Wandel von der Produktions-, zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft; die gegenwärtige komplexe Umbruchsituation in der Gesellschaft, die ein völliges Umdenken der Menschen erfordert und

den kulturellen und sozialen Zusammenhalt gefährdet. Tendenzen der Verein-samung und Entsolidarisierung sowie ein sich änderndes Kultur- und Siedlungs-verhalten werden verstärkt zu neuen Schwerpunkten, Inhalten und Formen der kommunalen Daseinsvorsorge führen. Bisher wird dies auf kommunalpolitischer Ebene nur ungenügend reflektiert und deshalb werden auch nur wenige neue Antworten gegeben.

Selbst sehr offensichtliche Veränderungen, so die demografische Entwicklung in Deutschland wird kommunalpolitisch in ihren Dimensionen kaum diskutiert; auf sie wird nur zögerlich und punktuell reagiert. Der gesellschaftlichen Diskussion um die Rente, um die Gesundheitspolitik und die sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft muss sich auf kommunaler Ebene die Diskussion um die Konsequenzen für die kommunale Daseinsvorsorge anschließen. Die Kommunen sind derzeit weder konzeptionell noch finanziell in der Lage, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen.

Die PDS steht somit vor zweierlei Herausforderungen. Sie steht in der Pflicht, linke Antworten zu finden und mit diesen auch politisch aktiv zu werden, dass sich die Kommunen verstärkt diesen Themen widmen.

2. Kommunale Selbstverwaltung am Scheideweg

Für die PDS ist die kommunale Selbstverwaltung ein fester Bestandteil ihres Demokratieverständnisses und Ausdruck ihrer Zustimmung zum im Grundgesetz verankerten Subsidiaritätsprinzip. Im föderalen System der Bundesrepublik bildet die kommunale Selbstverwaltung die Schnittstelle zwischen Staat und Bürgerschaft. Das setzt ein grundsätzliches Vertrauen in die Fähigkeit, die Kompetenz und den Willen der Menschen voraus, ihre Geschicke „im eigenen Wirkungskreis“ verantwortungsbewusst zu gestalten. Deshalb kämpfen wir auf allen Politikebenen um die Wiedererlangung und Bewahrung der kommunalen Selbstverwaltung, wohlwissend, dass auch für die PDS der Umgang mit dezentraler, hier kommunaler Verant-wortungsträgerschaft konfliktreich ist.

Gegenwärtig ist die kommunale Selbstverwaltung Risiken und Gefahren ausgesetzt, die in ihrer Bündelung existenzieller Natur sind, dazu zählen:

- der wachsende politische und rechtliche Einfluss der Europäischen Union,
- das anhaltende Wegbrechen traditioneller Standbeine der kommunalen Selbstverwaltung, so der kommunalen Wirtschaftstätigkeit,
- die Aufgabenverlagerung vormals eigenständig wahrgenommener Dienst-leistungen der Daseinsvorsorge hin zu Dritten,
- eine akute strukturelle Finanzkrise bei wachsender Ausgabenbelastung,
- ein sich verdichtender Rechtsrahmen, der immer weniger eigenständige Entscheidungsspielräume bietet.

Die PDS muss sich verstärkt dafür einsetzen, dass der Kampf um die kommunale Selbstverwaltung nicht nur vorrangig oder ausschließlich über die kommunalen

Spitzenverbände geführt wird, vielmehr sind die kommunalen Entscheidungsorgane selbst gefordert. Das trifft insbesondere auch für Angriffe auf die kommunale Selbstverwaltung zu, die kommunalpolitisch bisher fast gar nicht reflektiert werden. Die PDS engagiert sich deshalb aktiv, die Informationen über die Liberalisierung von Dienstleistungen durch GATS und deren Folgen für die Kommunen, für Bürgerinnen und Bürger darzustellen und Gegenwehr zu organisieren.

Die Chancen des Europäischen Entwicklungsprozesses müssen für kommunale Selbstverwaltung genutzt werden. Die Europäische Union ermöglicht über eine Reihe von Förderprogrammen, so in der Struktur-, Sozial-, Forschungs- und Umweltpolitik, finanzielle Unterstützung regionaler aber auch lokaler Politik.

Europäische Netzwerke, die die Chance bieten, durch Kooperation und Austausch die Leistungsfähigkeit der eigenen Kommune zu stärken, müssen stärker ins Blickfeld kommunaler Akteure gerückt werden. Nachhaltigkeitsstrategien auf der Grundlage der Agenda 21 sind Praxis vieler Kommunen. Internationale Nachhaltigkeitsstrategien speziell für den ländlichen Raum und für große Städte können und müssen an Bedeutung gewinnen. Die PDS sieht im Austausch und in der Kooperation durch lokale kommunale Partnerschaften besonders zu den Kommunen der neu in die Europäische Union aufgenommenen Länder einen wichtigen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas.

Auf nationaler Ebene, auch in Sachsen-Anhalt, ist die Tendenz der „Verstaatlichung“ der kommunalen, insbesondere der kreislichen Ebene unverkennbar. Das ist nicht nur Risiko sondern auch Chance. Die Bündelung staatlicher und kommunaler Selbstverwaltungsaufgaben auf kommunaler Ebene kann zu Synergieeffekten in Politik und Verwaltung führen. Voraussetzung ist, es erfolgt dadurch ein Zuwachs des Aufgabenspektrums des „eigenen Wirkungskreises“. Zu verhindern ist, dass staatliche Ebenen Aufgaben zu finanziellen und personellen Lasten der Kommunen abgeben, die ausschließlich als Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises wahrgenommen werden müssen und demokratischen Entscheidungsprozessen nicht zugänglich sind. Die PDS fordert und fördert nachdrücklich eine tiefgreifende Funktional- und Verwaltungsreform, mit dem Ziel, vor Ort jene Entscheidungsprozesse zu bündeln, die eine effiziente Aufgabenerfüllung aber vor allem auch maßgeschneiderte ortspezifische Entscheidungen ermöglichen. Im Land Sachsen-Anhalt hält die PDS nach wie vor eine kommunale Strukturreform auf Kreis- und gemeindlicher Ebene für unerlässlich. Sie ist Bestandteil und Voraussetzung einer umfassenden Funktionalreform. Durch die Einheit von kommunaler Strukturreform, Verwaltungs- und Funktionalreform könnten neue Potenziale für kommunale Selbstverwaltung erschlossen, der Tendenz der Aushöhlung der Kernbereiche der kommunalen Selbstverwaltung in kleinen Gemeinden und der weiteren Verschärfung der Konfliktlage zwischen großen Städten mit ihrem Umfeld entgegengewirkt werden. Ausschließlich aus parteipolitisch, taktischen Erwägungen wurde von CDU und FDP das dringend notwendige Reformkonzept des Landes Sachsen-Anhalt der letzten Legislaturperiode verworfen. Nunmehr soll es unter anderer Autorenschaft und geringfügig anderen Fassetten neu aufgelegt werden. Wählertäuschung aber vor allem Zeitverzug und unzumutbare verwaltungsorganisatorische und kommunalpolitische Mehrbelastungen, zusätzliche Verunsicherung und finanzielle Mehrbelastungen sind das Resultat.

3. Konsolidierung der Haushalte auf Kosten der Daseinsvorsorge?

Drei Viertel aller Kommunen in Sachsen-Anhalt können gegenwärtig keine ausgeglichenen Haushalte vorlegen. Sie sind z.T. so hoch verschuldet, dass sie keinerlei Kredite für notwendige Investitionen mehr genehmigt bekommen. Ohne Frage müssen die Kommunalfinanzen konsolidiert werden, auch aus eigener Kraft der Kommunen heraus. Dem verschließen sich auch PDS-KommunalpolitikerInnen nicht. Die Aufnahme von Krediten generell und damit die Inkaufnahme einer Verschuldung der kommunalen Haushalte schließt die PDS nicht aus. Entscheidend dafür ist die Frage, ob der dadurch entstandene Nutzen für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger die finanziellen Belastungen der nächsten Jahre rechtfertigt. Dies ist bei Investitionen in die kommunale Daseinsvorsorge der Fall. Die Grenzen der Möglichkeiten einer Konsolidierung sind in der Mehrzahl der Kommunen jedoch bereits weit überschritten, selbst pflichtige Aufgaben sind kaum noch zu finanzieren.

Dadurch verstärkt sich der Konsolidierungsdruck ausgabeseitig auf drei Bereiche, so die Reduzierung des Zuschusses für sogenannte „freiwillige Aufgaben“, die Reduzierung des Personalbestandes und der -kosten und die Auslagerung von Aufgaben auch mittels Privatisierung.

Einnahmeseitig wächst der Druck zur verstärkten Erhebung von Gebühren und Abgaben, zur Finanzierungsbeteiligung privater Dritter, zur Anhebung der Hebesätze insbesondere bei Grundsteuern und zur Erhöhung der Kreisumlage in Landkreisen.

Freiwillige Aufgaben

Die „freiwilligen Aufgaben“ werden sich durch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungsprozesse immer mehr zu den Schwerpunkten der kommunalen Daseinsvorsorge und zum Schwerpunkt kommunaler Selbstverwaltung herauskristallisieren. Dem werden die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in keiner Weise gerecht. Diese Situation wird zusätzlich verschärft, weil sich die Bundesanstalt für Arbeit drastisch aus jenen Bereichen zurückzieht und für einen öffentlich geförderten, steuerfinanzierten Beschäftigungssektor derzeit sämtliche politischen Rahmenbedingungen fehlen. Da viele Aufgaben ihrer Natur nach jedoch defizitär sind und selbst bei Kürzung aller „freiwilligen Aufgaben“ die sich inflationär entwickelnden Haushaltsdefizite ohnehin nicht annähernd auszugleichen sind, muss die PDS um ein relativ konstantes Zuschussvolumen kämpfen, welches ein Wegbrechen ganzer Strukturen im freiwilligen Aufgabenspektrum verhindert. Dazu ist sowohl das notwendige Mindestmaß kommunaler Strukturen der Daseinsvorsorge zu bestimmen, als auch der erforderliche finanzielle Mindestbedarf zu deren Aufrechterhaltung. Neben der Möglichkeit der Einwerbung von Drittmitteln engagiert sich die PDS verstärkt um kommunale Kooperationen und setzt sich dafür ein, dass die Kommunen eine Bündelung von Aktionen und Akteuren anstreben und unterstützen.

Personal(kosten)

Nicht weniger schwierig stellt sich für die PDS der Druck auf die Personalausstattung und die Personalkosten der Kommunen im Rahmen von Haushaltskonsolidierungen dar. Die PDS muss sich verstärkt den neuen Herausforderungen des Öffentlichen Dienstrechtes stellen und sich der Tendenz widersetzen, die Diskussion ausschließlich während den Haushaltsdebatten zu führen und damit allein auf den fiskalischen Aspekt auszurichten. Mit dem Prozess der Verwaltungsmodernisierung

haben sich die Anforderungen an das kommunale Personal völlig verändert. Es gilt, diese neuen Herausforderungen auf kommunaler Ebene zu diskutieren und daraus Schlussfolgerungen für den erforderlichen Personalmindestbestand, für die Qualifikation und sich verändernde Einsatzschwerpunkte zu bestimmen.

Die Altersstruktur bei den kommunalen Bediensteten bietet in den kommenden Jahren günstige Bedingungen für eine sozial verträgliche Personalentwicklung, insbesondere durch Umstrukturierung und ggf. auch Reduzierung, aber auch die Chance, jungen und gut ausgebildeten Menschen eine Perspektive durch Neueinstellung zu bieten.

Privatisierung

Die PDS tritt Auffassungen entgegen, Dienstleistungen zur Absicherung der Daseinsvorsorge und deren Finanzierung wären ausschließlich nach den Kriterien des Marktes zu beurteilen. Nicht alle kommunalen Dienstleistungen und Sektoren der kommunalen Daseinsvorsorge können kostendeckend sichergestellt oder gewinnorientiert angeboten werden. Kommunalpolitik ist dem Sozialstaatsprinzip, dem Prinzip des Schutzes der Umwelt und dem Demokratieprinzip verpflichtet. Dieser im Grundgesetz verankerte Auftrag manifestiert den Unterschied zwischen Staat und Markt. Zudem hat sich in den letzten Jahren herausgestellt, dass Teil- oder Vollprivatisierungen selten zu den erhofften Haushaltseinsparungen geführt haben, die Kosten wurden zumeist nur verlagert. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass sich die PDS einer Vielfalt von Eigentumsformen und Trägerschaften zur Sicherung flächendeckender Dienstleistungen verschließt, da gerade auch in der Vielfalt unterschiedlicher Angebote und Anbieter Qualitätspotenziale liegen.

Konsolidierung über Einnahmen

Um der Finanznot zu entfliehen, finden aber auch immer häufiger verschiedene Finanzierungsmodelle unter Beteiligung Privater in kommunale Haushalte Eingang. Grundsätzlich bedeuten alle solche Modelle Machtverlust der kommunalen Politik. Das ist nur dann sinnvoll, wenn zuvor über Konzepte oder Leitbilder und ganz konkrete vertragliche Regelungen abgesichert wird, dass mit solchen Finanzierungsformen kommunalpolitisch abgesteckte Ziele besser erreicht werden können. So kann die Mehrzahl der unter die Public-Private-Partnership-Strategie fallenden Finanzierungsbeiträge Privater an kommunalen Unternehmen unter diesen Voraussetzungen und weiteren Kriterien als geeignete Finanzierungsform angesehen werden. Dagegen lehnt die PDS solche Finanzkonstruktionen wie Lease-in/Lease-out oder Cross-Border-Leasing ab, da die dabei entstehenden Risiken für die Kommunen unkalkulierbar sind und sich die Verträge insbesondere auch der Beteiligung und Kontrolle demokratisch gewählter Gremien entziehen. Einem Sponsoring der Wirtschaft steht solange nichts entgegen, wie es gelingt, den Einfluss der Kommunalpolitik so zu sichern, dass auf diesem Wege (mit)finanzierte Bereiche in der Folge inhaltlich nicht völlig in den Sog der wirtschaftlichen Interessen der Sponsoren geraten.

4. Unser Verständnis von einer aktiven Bürgerkommune

Die moderne Kommune ist eine Bürgerkommune, darin sind sich viele politische Akteure einig, diese Auffassung teilt die PDS. Zur Rolle von Bürgerinnen und

Bürgern in ihrem Verhältnis zu Politik und Verwaltung unterscheidet sie sich jedoch von der anderer Parteien.

Der Tendenz, ihre Rolle auf die eines Kunden zu reduzieren, treten wir entgegen. Wir teilen die Auffassung, dass Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf eine qualifizierte Dienstleistung der Verwaltung haben. Sie haben aber auch und vor allem ein Recht zur aktiven Mitgestaltung jener Entscheidungen, die ihren unmittelbaren Lebensraum betreffen. In der Kommune ist es am ehesten möglich, dass Bürgerinnen und Bürger sich als StaatsbürgerInnen engagieren. Wir begegnen jedoch auch energisch jenen Auffassungen, die eine Entwicklung von Bürgerkommunen eng mit dem umfassenden Rückzug des Staates aus öffentlichen Angelegenheiten verbindet. Wir wollen keinen Rückzug der Kommunalpolitik aus der Verantwortung für das öffentliche Gemeinwesen. Für uns sind Bürgerinitiativen, Interessenverbände, Selbsthilfegruppen und andere Organisations- und Vereinigungsformen von Bürgerengagement wichtige Partner von Politik und Verwaltung. Sie können und sollen sie aber nicht ersetzen. Von diesem Verständnis ausgehend ist das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, MandatsträgerInnen und MitarbeiterInnen der Verwaltung immer wieder den neuen Bedingungen anzupassen. Zur Entwicklung von Bürgerkommunen erachtet es die PDS für notwendig, ein Grundverständnis in den Kommunen zum Bürgerengagement zu formulieren, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, die speziellen Anforderungen bei der Entwicklung von Bürgerengagement sowohl an die Verwaltung als auch an die KommunalpolitikerInnen zu formulieren, bereits organisierte aber auch noch nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger in die Erarbeitung eines Konzepts „Bürgerkommune“ einzubeziehen und Unterstützungsformen festzulegen. Dabei sind traditionelle und neue Formen von Bürgerbeteiligungen zu berücksichtigen. Bürgerentscheide und andere Formen der direkten Demokratie müssen verstärkt durch die gewählten kommunalen Gremien initiiert und unterstützt werden. Der Aufstellung und Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 sollten neue Impulse verliehen werden. Sich für eine Bürgerkommune aktiv und qualifiziert zu engagieren, dazu sind Handlungsspielräume für die PDS gegeben, die gegenwärtig nicht konsequent genug genutzt werden.

5. Das kommunale Ehrenamt im Wandel, eine kommunale Politikreform ist nötig

Neben den beklagten drastisch veränderten Rahmenbedingungen werden KommunalpolitikerInnen im Ehrenamt gegenwärtig mit weiteren großen Herausforderungen konfrontiert. Viele Bürgerinnen und Bürger sind aus den unterschiedlichsten Gründen weitgehend vom gesellschaftlichen Leben der Kommune abgekoppelt. Im Zentrum der Reform der Kommunalpolitik müssen daher neue und differenziertere Formen des Dialogs mit Bürgerinnen und Bürgern stehen, die an die sie bewegenden Fragen anknüpfen. Das politische Schlagwort „Bürgernähe“ braucht politisch klar definierte Inhalte und neue Formen der Realisierung.

Wir leben im Internetzeitalter und im Zeitalter der Mediendemokratie, auch hier bedarf es neuer Überlegungen und ihrer stärkeren Berücksichtigung bei der Vorbereitung und Umsetzung kommunalpolitischer Entscheidungen, sowohl in und zwischen den Kommunen als auch zwischen den Kommunen und den anderen staatlichen Ebenen.

Die Kommunalverwaltungen bilden die Grundlage für die Umsetzung politischer Entscheidungen. Sie wurden in den vergangenen Jahren ständig reformiert. Sie entwickelten sich von einer Hoheits- zu einer Dienstleistungsverwaltung, betriebswirtschaftliche Elemente hielten Einzug in die öffentliche Verwaltung und die Aufgaben wurden immer komplexer.

Politikreformen auf der kommunalen Ebene blieben jedoch weitgehend aus. Auch dies trug dazu bei, dass die Übermacht der Verwaltung weiter ausgebaut wurde. Sie zu beklagen reicht nicht. Die Schuld bei den VerwaltungsmitarbeiterInnen zu suchen, schlägt fehl. Die PDS wird darum ringen, dass sich die kommunalen Beschlussorgane noch stärker den kommunalpolitischen Grundsatzfragen widmen, Strategien und Leitbilder für ihre Kommune entwickeln, um somit tatsächlich das politische Steuerungsorgan auf kommunaler Ebene zu sein.

Die zu lösenden Aufgaben werden immer komplexer, das erfordert verstärkt kollektives Lernen und kollektive Informiertheit, über Fraktionsgrenzen hinweg! Längst überfällig sind Festlegungen in den Hauptsatzungen, die eine effizientere und gebündelte Ausschusstätigkeit ermöglichen. Wir brauchen eine Fraktionsarbeit auf kommunaler Ebene, die vorrangig auf politische Standpunktbildung und eigenständiges Agieren ausgerichtet ist. Wir dürfen kommunalpolitische Nachwuchsfragen nicht auf Zeiträume der Wahlvorbereitung begrenzen. Die PDS wird sich dafür einsetzen, dass auch in Vorbereitung der Wahlen und der damit verbundenen Neukonstituierung der kommunalen Gremien solche Diskussionen verstärkt geführt und wissenschaftliche Erkenntnisse, beispielsweise aus der POLIS-Studie der Bertelsmannstiftung, diskutiert und umgesetzt werden.

Die PDS steht vor der Herausforderung, neue Entwicklungsprozesse wesentlich schneller in ihren kommunalpolitischen Dimensionen zu erkennen und daraus konkrete politische Handlungsstrategien abzuleiten. Diese Handlungsstrategien dürfen sich nicht vorrangig auf Bewahrungsstrategien beschränken. Wir benötigen eine offensivere Debatte darüber, wie die Chancen und Risiken der gegenwärtigen internationalen und nationalen gesellschaftlichen Umbrüche erkannt und in politische Strategien umgesetzt werden können - im Interesse der Kommunen, im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern.

III.

Die Europa- und Kommunalwahlen gut vorbereiten

Für die Vorbereitung der Wahlen beschließt der Landesparteitag die folgenden Maßnahmen:

- Zügig ist in den Kreisverbänden in Verantwortung der Kreisvorstände mit der Gewinnung von KandidatInnen zu beginnen, die bereit sind, auf offenen Listen der PDS zu kandidieren. Die derzeitigen Mandatsträger sollen zur Wiederkandidatur gewonnen und gebeten werden, neue KandidatInnen zu finden und ihnen in der Vorbereitung persönlich zur Seite zu stehen. Zur fachlichen Qualifikation ist geeignetes Material besonders für Erstkandidierende zu erarbeiten. Der Landes-

vorstand wird beauftragt abzuklären, in welcher Weise das kommunalpolitische Forum in dieser Frage aktiv werden kann.

- Ziel ist es, die Flächenpräsenz auf der Ebene der Landkreise zu sichern und Fraktionen in allen Städten des Landes zu stellen. Die Zahl der Abgeordneten, mit denen die PDS in kommunalen Vertretungen präsent ist, muss erhalten werden. Alle Kreisverbände ringen darum, dass in jeder Verwaltungsgemeinschaft die PDS mit MandatsträgerInnen in der Kommunalpolitik vertreten ist. Um dies zu erreichen, muss es gelingen, insgesamt noch mehr Kandidatinnen für die PDS als 1998 zu gewinnen.
- Eine besondere Aufgabe ist die Gewinnung junger Menschen für eine Kandidatur in den verschiedenen Ebenen. Dazu sollen bereits nach der Sommerpause in allen Kreisen geeignete Veranstaltungsformen gefunden werden, um junge Menschen an kommunalpolitischer Arbeit zu interessieren. Dazu sollen im Landeswahlbüro und mit dem Büro für Öffentlichkeitsarbeit Erfahrungen zusammengetragen und verbreitet werden.
- In Sachsen-Anhalt gilt für Kommunalwahlen das aktive Wahlrecht ab 16 Jahre. Um das Interesse der Jugendlichen an Kommunalwahlen zu erhöhen, sind zielgerichtet Veranstaltungen und Aktivitäten für ErstwählerInnen in den Kreisen zu planen. Entsprechend der Erfahrungen zu den Landtagswahlen ist eine Schultour mit einem zielgruppenorientierten Werbematerial in allen Kreisen zu planen.
- In allen Kreisverbänden ist zügig Klarheit darüber zu schaffen, dass bei den Kommunalwahlen ebenso wie bei den Europawahlen, das einheitliche Erscheinungsbild der PDS von großer Wichtigkeit für den Wahlerfolg ist. Überzeugende Kommunalwahlprogramme, die sowohl die lokale Spezifik aufnehmen als auch die PDS als im Land einheitlich wirkende gestalterische Kraft erkennbar machen, sind unerlässlich. Dafür sind in Verantwortung des Landeswahlbüros die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.
- Die im Teil II und im Anhang zur Diskussion gestellten kommunalen Politikangebote sollen im Landesverband bei der Erarbeitung für spezifische Programme vor Ort Anregung sein. Gleichzeitig bilden sie aber auch die Grundlage dafür, bis zur Wahl die Diskussion über eine moderne linke Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt weiterzuführen. Eine landesweite kommunalpolitische Konferenz mit allen KandidatInnen der PDS zu den Kommunalwahlen soll Ende des Jahres in Verantwortung des Landesvorstandes und des Arbeitskreises Innenpolitik der Landtagsfraktion mit dieser Zielstellung durchgeführt werden.

Dabei werden in Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses vom 1. Februar 2003 zur Erarbeitung eines gemeinsamen Projektes „Kommunal- und Regionalpolitik der PDS“ die KommunalpolitikerInnen einbezogen.

- Es müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass alle kommunalen KandidatenInnen in der Lage sind, für die PDS auch flächendeckend den Europawahlkampf mit zu führen. In den Orten ohne PDS-MandatsträgerInnen müssen insbesondere die KandidatInnen für die Kreistage dafür gewonnen und dazu in die Lage versetzt werden. Bis zur kommunalpolitischen Konferenz ist deshalb vor allem ganz konkret herauszuarbeiten, in welcher Weise das

kommunale Leben in und durch Europa beeinflusst wird. Für die einzelnen Fachbereiche tragen dafür die jeweils zuständigen LandespolitikerInnen Verantwortung.

- Mit der Vorbereitung der Wahlen muss sofort begonnen werden. Bis August 2003 sind Wahlteams in allen Kreisen zu bilden. Das Landeswahlbüro erarbeitet bis Ende September einen Plan der Koordinierung der Wahlvorbereitungen.
- Für die Kommunalwahlen sollen die Mittel aus den angesparten Kommunalwahlfonds verwendet werden. Mittel aus der Wahlkampfkostentrückerstattung für die Landtagswahlen können für die Finanzierung der Kommunalwahlen nicht bereitgestellt werden. Kreise, die keine Mittel in den Kommunalwahlfonds eingezahlt und auch keine Mittel angespart haben, müssen Mittel für die Finanzierung der Wahlkämpfe aus zusätzlichen Spendenaufkommen aufbringen. Ein Rückgriff auf Mittel des laufenden Geschäftsbetriebes gefährdet die Zahlungsfähigkeit des Landesverbandes und verbietet sich daher.
- Für die Führung der Europawahlen ist ein mit dem Bundeswahlbüro abgestimmter Finanzierungsplan zu erarbeiten.
- Der Wahlkampf zu den Kommunal- und Europawahlen ist durch das Landeswahlbüro in Abstimmung mit dem Landesvorstand und dem Bundeswahlbüro zu koordinieren. Er ist zentral zu führen. Zur Gewährleistung eines effektiven Mitteleinsatzes und zur Sicherung eines einheitlichen Erscheinungsbildes auch zu den Kommunalwahlen sind bis Ende Oktober mit den Kreisen verbindliche Festlegungen zu treffen.

Anhang

Angebote für einzelne Politikfelder

Kinder- und jugendfreundliche Kommunen

Kinder und Jugendliche sind diejenigen, die in den nächsten Jahrzehnten diese Gesellschaft maßgeblich mitgestalten werden. Sie werden die Ergebnisse unseres heutigen Tuns vorfinden und müssen mit diesen leben. Darum muss alle Politik schon heute das Ziel haben, die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Die Kinder und Jugendlichen verkörpern die Zukunft dieser Gesellschaft und müssen in ihrer Entwicklung umfassend gefördert werden. Das heißt auch, Jungen und Mädchen gleichermaßen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen, mit den alten überholten Rollenklischees aufzuräumen und einen partnerschaftlichen Umgang miteinander zu fördern. Kommunalpolitik kann dazu einen Beitrag leisten, indem sie umfassende Betreuungsangebote sichert und Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche schafft, die die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nicht auf den passiven Konsum der angebotenen Erlebnis- und Freizeitwelt reduzieren.

Aufgrund der finanziellen oder sozialen Lage ihrer Familie werden Kinder zunehmend ungleich behandelt. Verschärft wird die Situation durch die konservative Landespolitik im Vorschul- und Bildungsbereich. Diesen Tendenzen tritt die PDS entgegen.

Kinder und Jugendliche dürfen nicht aufgrund von Sparzwängen - auch nicht mit der Begründung des Sparens für kommende Generationen - weggespart werden.

Das heißt für uns:

1. aktiv im Bündnis für ein Kinder- und Jugendfreundliches Sachsen-Anhalt zu wirken auch mit dem Ziel, das Kinderförderungsgesetz über außerparlamentarischen Druck außer Kraft zu setzen;
2. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Fragen durch vielfältige Formen wie Kinder- und Jugendparlamente, Jugendforen sowie Kinder- und Jugendsprechstunden zu ermöglichen;
3. Kinderverträglichkeitsprüfungen und Anhörungen von Kindern und Jugendlichen bereits in der Planungsphase von kommunalen Projekten einzufordern;
4. eine kontinuierliche und vielfältige Jugendarbeit durch langfristige und regional abgestimmte Planung unter Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen sowie von Jugendverbänden, SchülerInnenvertretungen und -initiativen zu ermöglichen;
5. eine sozialräumlich orientierte und bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung durchzuführen und bei Entscheidungsfindungen die Rolle des Jugendhilfeausschusses als Expertengremium der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort zu stärken;
6. Sicherstellung des kommunalen Kofinanzierungsanteils für Jugendpauschale, Feststellenprogramm und Schulsozialarbeit, um Jugendhilfeprojekte langfristig finanziell zu sichern und um einen möglichst hohen Mittelabfluss der Landesgelder zu gewährleisten;
7. die Trägervielfalt auch und insbesondere hinsichtlich kleiner Träger in der Kinder- und Jugendhilfe zu erhalten und auszubauen sowie selbstbestimmte und selbstorganisierte Projekte von Kindern und Jugendlichen zu befördern;
8. Ehrenamt und Planungssicherheit in der Kinder- und Jugendarbeit zu stärken;
9. die Etablierung und Durchführung geeigneter Präventionskonzepte zur Vermeidung und zum Abbau von Jugenddelinquenz;
10. eine bedarfs- und altersgerechte, integrierte und wohnortnahe Infrastruktur an Tageseinrichtungen für Kinder mit kindgemäßer Ausstattung und barrierefreier Gestaltung und einer hohen Qualität in der Ausgestaltung des Bildungsauftrages zu sichern;
11. den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf qualifizierte Betreuung, Förderung und Bildung in diesen Einrichtungen wieder zu erlangen und eine ausreichende Finanzierung der Einrichtungen zu sichern;

12. eine intensive Zusammenarbeit der Träger der Tageseinrichtungen mit Eltern- und Kindervertretungen, dem Jugendamt und Schulen hinsichtlich der Einrichtung und Umsetzung pädagogischer Konzepte und des Bildungsauftrages in Kindertageseinrichtungen anzustreben.

Schulbildung

Die PDS fordert für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, den gleichen Zugang zu Bildung, Ausbildung, Kultur und Information, weil das die wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben und die Fähigkeit zur Mitgestaltung der Gesellschaft sind.

In Sachsen-Anhalt werden entgegen allen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen die Kinder wieder nach der 4. Klasse in Gymnasien, Gesamtschulen und Sekundarschulen ausgesondert, anstatt spezifische Benachteiligungen auszugleichen und gemeinsames soziales Lernen zu fördern.

Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen setzt sich die PDS für eine öffentliche bildungspolitische Diskussion in den Kommunen ein und wird die dringend erforderlichen Veränderungen nach Kräften unterstützen.

Das heißt für uns:

1. in den Kommunen alles zu tun, dass sich Kinder und Jugendliche gut entwickeln und im Leben in Sachsen-Anhalt eine Perspektive sehen können.
2. in den Landkreisen und kreisfreien Städten einen konstruktiven Beitrag für ein in der Fläche ausgewogenes Netz leistungsfähiger Schulen zu leisten. Schulentwicklungsplanung soll eng mit der regionalen Entwicklung verknüpft werden. Wir treten dafür ein, Schulstandorte zu erhalten und auszubauen, wo sie wichtige Kristallisationskerne der Regionen sind. Das Hauptaugenmerk richten wir auf die Sekundarschulen. Mindestens in jedem Grundzentrum soll eine Schule bestehen, die den Realabschluss ermöglicht.
3. eine demokratische und transparente Planung aller Bildungsprozesse in den Landkreisen und Städten mitzugestalten. Vor allem die Vertretungen der Schülerinnen und Schüler und der Eltern sowie die Räte der Städte und Gemeinden sollen bei der Schulentwicklungsplanung angemessen zu Wort kommen können. Wir treten für eine enge Abstimmung zwischen den Landkreisen, den kreisfreien Städten und ihrem Umland, zwischen den Kommunen ein, um bildungsfremde Lösungen, die Kinder und Jugendliche wie die Kommunen selbst belasten, von Anfang an zu vermeiden.
4. in den Kommunen die bildungspolitische Diskussion zu befördern und die innere Schulentwicklung durch erforderliche kommunale Rahmenbedingungen aktiv zu unterstützen. Auch bei notwendigen Standortentscheidungen sollen Schulprofile erhalten und in geeigneter Form fortgeführt werden. Wir ermöglichen den Schulen, sich in ihr kommunales Umfeld zu öffnen und helfen auch so bei der Gestaltung praxisnaher, demokratischer und moderner Bildung.

5. die Bildung von Hauptschulen bzw. Hauptschulklassen möglichst zu vermeiden und den Schulen sowie den Betroffenen durch erforderliche kommunale Rahmenbedingungen die notwendige Unterstützung zu geben, z.B. durch die Weiterführung der Schulsozialarbeit.
6. in den Regionen qualifizierte Bildungsangebote bereitzuhalten und einen effektiven Lehrereinsatz zu ermöglichen, indem die Möglichkeiten von Schulverbänden und Gesamtschulen stärker genutzt werden. Wir setzen uns für die schrittweise und planmäßige Verbesserung der Bedingungen zur Integration von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern ein. In den Kommunen sollen zielgerichtet Ganztagschulen als Chance für mehr und bessere Bildung für alle Kinder entstehen bzw. ausgebaut werden. Die Möglichkeiten des Programms „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung (126 Mio. Euro bis 2007 für Sachsen-Anhalt) sollen genutzt werden.
7. alles zu tun, um die für Kinder und Jugend, für Bildung und Qualifikation zur Verfügung stehenden Mittel des Landes und der Kommunen effektiv einzusetzen. Das verlangt eine planmäßige Arbeit und eine enge Abstimmung aller kommunalen Entwicklungsprozesse, insbesondere der Schulentwicklungsplanung, der Planung weiterer Bildungsangebote, der Investitionsplanung für allgemein bildende und berufsbildende Schulen, der Planung der Kinder- und Jugendarbeit, der Kultur und des Sportes.
8. uns für eine altersgerechte und effektive Schülerbeförderung einzusetzen. Schülerbeförderung darf nicht zur Barriere für gute Bildung werden. Deshalb treten wir dafür ein, im Land und in den Landkreisen sowie den kreisfreien Städten die Voraussetzungen zu schaffen, auch die Schülerinnen und Schüler der 11., 12. und 13. Klassen von den Kosten der notwendigen Beförderungsleistungen zu entlasten und Schüler- und Studentenpässe einzuführen.

Berufsbildung

In der beruflichen Erstausbildung kriselt es heftig. Das Duale System greift immer weniger. Jugendberufsnot und Arbeitslosigkeit sind dauerhafte Begrifflichkeiten und Realitäten geworden und bleiben weit hinter dem politischen Aufmerksamkeitsgrad zurück. Selbst bei erfolgreicher abgeschlossener betrieblicher Ausbildung bietet sich für Jugendliche keine Garantie für eine Übernahme in ein Arbeitsverhältnis. Die Zahl von Jugendlichen, die nach der Ausbildung ohne Arbeit dastehen, ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, ebenso wie die Zahl der Jugendlichen, die nach der Schule ohne Schulabschluss bzw. ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind. Jugendliche mit einer guten betrieblichen Ausbildung ohne Perspektive auf einen Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt verlassen dagegen zunehmend das Land.

Absehbar ist aber bereits heute der Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen, auch aufgrund der zu engen Berufsstruktur in der in den letzten Jahren ausgebildet wurde und der demographischen Entwicklung der nächsten Jahre.

Das heißt für uns:

1. Entsprechend der beschäftigungspolitischen Leitlinie 1 der Europäischen Union, jedem arbeitslosen Jugendlichen innerhalb von 6 Monaten nach Beginn der Arbeitslosigkeit einen Neuanfang zu ermöglichen.
2. Schwerpunkt im Berufsausbildungsbereich muss das Duale System sein, wobei staatliche Hilfen nach wie vor unerlässlich sind.
3. Stärkeres Gewicht als bisher muss der Förderung der betrieblichen Ausbildung, insbesondere der Verbundausbildung, zukommen. Deshalb sollten externe Ausbildungsmanager in den Regionen vom Land unterstützt werden, um der Aufgabe der Akquirierung neuer Ausbildungsplätze und der Verzahnung von Unternehmen, Kammern und den berufsbildenden Schulen gerecht werden zu können.
4. Bei der qualitativen Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen zu Kompetenzzentren sollte geprüft werden, ob in bestimmten Ausbildungsbereichen, wie Hotel- und Gaststättenwesen, IT-Bereich u.a. die Sprachkompetenz als fächerübergreifende Qualifikation einfließen kann.
5. Eine größere Beachtung sehen wir in der Berufsvorbereitung. Diese sollte kontinuierlich bereits ab Klasse 7 eingeführt werden. Die Sekundarschulen sollen einen verstärkten polytechnischen Charakter erhalten. Der Berufsbezug und der Bezug zum wirtschaftlichen und sozialen Leben sind im gesamten Bildungsprozess zu stärken.
6. Die PDS schlägt an den beruflich bildenden Schulen öffentlicher sowie freier Trägerschaft vor, polytechnische Zentren einzurichten, die besonders Sekundarschulen, aber auch allen anderen Schulen als Lernort für den Lernbereich Wirtschaft, Technik, Hauswirtschaft sowie für fakultative Angebote zur Verfügung stehen. Dabei sind Methoden des produktiven Lernens verstärkt anzuwenden.
7. Schulverweigerung ist auch in Sachsen- Anhalt bekannt. Jugendliche, die noch nicht ausbildungsfähig sind, werden im Berufsvorbereitungsjahr geschult. Deshalb muss im Berufsvorbereitungsjahr der Schwerpunkt auf Praxisorientiertheit gelegt werden.
8. Die PDS will durch die Schaffung und Förderung von regionalen und branchenbezogenen Fachkräftepools, durch die Förderung von Jugendfirmen die Abwanderung junger ausgebildeter Fachkräfte stoppen und die demografische Arbeitsplatzlücke schon heute thematisieren.

Kommunales soziales Engagement

Sozialpolitik heißt, jedem Menschen in jeder Lebenssituation Entwicklungschancen zu bieten, Leben und Arbeit menschlich zu gestalten, gegen Ausgrenzung, Armut und Angst zu kämpfen. Sozialistische Politik in den Kommunen soll über den Status von Fürsorge hinaus das persönliche Handeln und die eigene Initiative von Bürgerinnen und Bürgern herausfordern, Rahmenbedingungen schaffen für die Chancengleichheit verschiedener Formen von Selbstorganisation in der Gesellschaft. Die ständig ansteigende Einkommensarmut gefährdet das soziale Klima in den

Kommunen. Mit der Finanzierung der bedarfsorientierten Grundsicherung für RentnerInnen und behinderte Menschen sind die Landkreise größtenteils auf sich selbst gestellt. Die Kosten für die Sozialhilfe steigen auf Grund des riesigen Defizits an Arbeitsplätzen Jahr für Jahr an. Die (geplante¹) Einführung des Arbeitslosengelds II wird mehr als 130.000 Frauen und Männern erhebliche Einkommenseinbußen bescheren. Die PDS setzt sich deshalb dafür ein, eine sozialpolitische Infrastruktur zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen, die Menschen in schwierigen sozialen und finanziellen Lebenslagen Beratung und Alternativen ermöglicht. Kommunale Sozialpolitik ist eine Querschnittsaufgabe der Kommunalpolitik.

Das heißt für uns:

1. innovative Beschäftigungsmöglichkeiten für SozialhilfeempfängerInnen vor Ort zu ermöglichen, die die Chance bieten, aus eigener Kraft der „Sozialhilfefalle“ zu entkommen;
2. die kommunale Sozialverwaltung ist nicht nur für die Gewährung der Leistungen zuständig, sondern soll aktive Beratung und Hilfe ganzheitlicher Art bieten;
3. Sozialpässe für Menschen in Notlagen sollen ein Mindestmaß an Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglichen und Einkommensarmut abfedern;
4. bedürfnis- und bedarfsgerechte Möglichkeiten zur Begegnung und Beratung für SeniorenInnen, Menschen mit Behinderungen und in finanzieller Not befindliche Menschen sowie Frauen- und Mädchenschutzhäuser sollen erhalten werden;
5. Schuldnerberatungsstellen und ein qualifiziertes Angebot der Insolvenzberatung zu erhalten;
6. Förderung und aktive Einbeziehung von SeniorInnen- und Behindertenvertretungen;
7. aktivitätsfördernde und auf Hilfe zur Selbsthilfe gerichtete generationsübergreifende Projekte der Altenbetreuung;
8. Erhalt und die Schaffung einer bürgernahen Struktur von Gesundheitseinrichtungen;
9. Entwicklung ambulanter sozialpsychiatrischer und sozialer Betreuung durch die Schaffung und Vernetzung von betreuten Wohnformen, Therapie- und Beschäftigungsangeboten für Menschen mit Behinderungen, seelisch Kranke und Suchtkranke, insbesondere Drogenabhängige.

Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

Durch EU-, Bundes- und nunmehr forciert gerade auch durch Landesentscheidungen kam es in den letzten Jahren zu einer drastischen Einschränkung der Möglichkeiten der kommunalen Wirtschaftstätigkeit, die bereits jetzt zu strukturellen Einbrüchen

¹ Zum Zeitpunkt der Kommunalwahlen ist davon auszugehen, dass dieses Vorhaben bereits umgesetzt ist.

führt. Vor allem in der Hoffnung auf finanzielle Entlastung entschieden sich Kommunen selbst dazu, sich aus diesen Bereichen zurückzuziehen. Über lange Zeit war die kommunale Wirtschaftstätigkeit nicht nur ein Standbein der kommunalen Selbstverwaltung. Ihre Ausweitung auf angrenzende Bereiche wurde insbesondere dazu genutzt, Einnahmeverluste zu kompensieren, um kommunale Daseinsvorsorge weiterhin zu finanzieren und gleichzeitig einen kommunalpolitisch gesteuerten Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Solange weder Finanz- noch Beschäftigungsalternativen die wegbrechenden Strukturen kompensieren, wird die PDS diesen Wandel sehr kritisch begleiten oder ablehnen.

Das heißt für uns:

1. kommunales Vermögen als eine Grundlage für Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung und als eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung nicht leichtfertig durch Verkauf zu minimieren, Erbpachtverträge bei Gewerbeflächen anzustreben und um ein Vorkaufsrecht bei Flächenzuordnungen zu kämpfen;
2. die wirtschaftliche Tätigkeit kommunaler Unternehmen auf der Grundlage eines auszubauenden kommunalen Wirtschaftsrechts zu erweitern und sie durch die Bildung von Querverbänden zu stärken;
3. den Einfluss der kommunalen Vertretungskörperschaften auf die kommunalen Betriebe und Einrichtungen wiederzugewinnen und zu sichern;
4. Transparenz in der Beteiligungsstruktur kommunaler Unternehmen zu schaffen und eine wirkungsvolle demokratische Kontrolle zu sichern,
5. bei Privatisierungen stets den Grundsatz zu beachten: Keine Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste;
6. bei Privatisierungen auf eine dauerhafte, umfassende und flächendeckende Aufgabenerfüllung zu achten;
7. bei Privatisierungen dafür Sorge zu tragen, dass auch sozial schwache Bürgerinnen und Bürger Einrichtungen des Gesundheitswesens, des Nahverkehrs sowie der Kultur und Freizeit nutzen können;
8. der Gefahr von Verschlechterungen sozialer und mitbestimmungsrechtlicher Standards in zu privatisierenden Einrichtungen wirksam entgegenzutreten.

Zukunftsfähige Siedlungsentwicklung in Stadt und Land

Die Gestaltung des Lebensumfeldes von Bürgerinnen und Bürgern in den Städten genauso wie im ländlichen Raum ist eine wichtige Voraussetzung für Lebensqualität. Darüber hinaus gibt es auch andere gesellschaftliche Bereiche wie Industrie, Landwirtschaft und Naturschutz, die sehr unterschiedliche Ansprüche an die Flächennutzung und Funktionalität von Lebensräumen haben. Für das daraus erwachsende Spannungsverhältnis gilt es zukunftsfähige Lösungen zu finden. Die Verbesserung des Lebensumfeldes für die dort lebenden Menschen und der Erhalt

der natürlichen Umwelt ist für die PDS bestimmend für die Nutzung der Flächen in den Kommunen.

Das heißt für uns:

In den großen Städten und ihrem Umfeld folgende Kriterien bei der Stadt- und Umlandgestaltung in den Mittelpunkt zu stellen:

1. Grundsätzliche Bevorzugung der Innen- gegenüber der Außenentwicklung durch Lückenbebauung, behutsame Nachverdichtungen und Wiedernutzung der Altindustriestandorte sowie versiegelter Flächen;
2. Belebung der Stadtzentren statt Zulassung weiterer Ansiedlungen von großflächigem Einzelhandel und Gewerbe auf der „Grünen Wiese“;
3. Lösung von Stadt-Umland-Konflikten durch eine gemeinsame Flächennutzungsplanung;
4. Stärkere Berücksichtigung des Bodenschutzes in der Bauleitplanung durch Minimierung des Flächenverbrauches und der Neuversiegelung;
5. Konsequente Beachtung der Belange des Hochwasserschutzes in der Bauleitplanung und bei der Erteilung von Baugenehmigungen;
6. Gestaltung von Siedlungsformen mit kurzen Wegen;
7. Schaffung verkehrsberuhigter Zonen;
8. Durchsetzung der Barrierefreiheit in den Wohngebieten und Stadtzentren für unsere MitbürgerInnen mit Mobilitätseinschränkungen, SeniorInnen und Eltern mit Kleinkindern;
9. Sicherung von wohnortnahen Erholungsmöglichkeiten;
10. Erhalt der städtische Freiräume sowie wertvoller Baumbestände.

sich im ländlichen Raum stärker den Zukunftsfragen des ländlichen Raums hinzuwenden.

Folgende Problemkreise sollen im Mittelpunkt stehen:

1. Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine ökologisch ausgerichtete und zugleich ökonomische Landwirtschaft, die sich auf eine flächendeckende Bodenbewirtschaftung gründet;
2. Erhalt und die Pflege der durch bäuerliche Arbeit geschaffenen Kulturlandschaft als ein unersetzbares Erholungs- und Ausgleichsgebiet;
3. Verhinderung der weiteren Ausdünnung der Grundversorgung mit Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge;
4. Entwicklung von Konzepten für eine an die Siedlungsstrukturen angepasste Infrastruktur;

5. Durchsetzung einer spezifisch auf den ländlichen Raum zugeschnittenen Regionalpolitik.

Ressourcensparender, sozialverträglicher kommunaler Umweltschutz

Kommunen sind daran interessiert, ihren Bürgern auf lange Sicht ein lebenswertes Umfeld zu geben. Umweltbewusstes Handeln muss deshalb als Teil der Daseinsvorsorge und als Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen verstanden werden.

Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, in einigen Städten auch die Erzeugung von Strom und Fernwärme, liegen in Verantwortung der Kommunen, von Zweckverbänden bzw. ganz oder anteilig in den Händen kommunaler Betriebe. Und so soll es nach Auffassung der PDS auch bleiben. Auch unter zunehmendem Wettbewerbsdruck gilt es umweltgerechte Lösungen durchsetzen, die gleichermaßen sozialverträgliche Gebühren ermöglichen und ein Maximum an Arbeitsplätzen in der Region schaffen.

Das heißt für uns:

1. Einsparung und effektivere Nutzung von Energie und verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen, wo sie ökologisch unbedenklich sind;
2. Minderung der Erzeugung von Luftschadstoffen, vorrangig durch Verkehrsvermeidung und -beruhigung;
3. Entfaltung kommunaler Aktivitäten mit konkreten Beiträgen zum Klimaschutz, die bis zum Beitritt und zu einer aktiven Mitarbeit im Klimabündnis der Kommunen reichen;
4. Schrittweise Sanierung von Leitungssystemen zur Senkung von Trinkwasserverlusten sowie zur Verminderung der Grundwassergefährdung durch austretendes Abwasser;
5. Förderung dezentraler Abwasserentsorgungslösungen im ländlichen Raum;
6. Renaturierung von Fließgewässern;
7. Entwicklung und Realisierung von Strategien zur konsequenten Abfallvermeidung,
8. sozialverträgliche Umsetzung der ab 01.06.05 zu erfüllenden erhöhten Anforderungen in der Abfallwirtschaft;
9. Stärkere Gewichtung der Naturschutzaspekte bei allen Entscheidungen der Kommunen;
10. Bekämpfung der Ursachen des Lärms als dem wichtigsten und stetig wachsenden Belastungsfaktor der Gesundheit und des Wohlbefindens der BürgerInnen.

Bedarfsgerechtes Wohnen

Die PDS hat das Ziel, dass allen bedürftigen Bürgerinnen und Bürgern sowie zeitweilig hier Lebenden bedarfsgerechter Wohnraum in möglichst attraktivem Wohnumfeld mit funktionierender Infrastruktur in einem bezahlbaren Preis-Leistungs-Verhältnis zur Verfügung gestellt wird. Die Wohnungspolitik muss der Tatsache Rechnung tragen, dass die Wohnbevölkerung altert, so dass in Zukunft mehr alte Menschen als bisher in der Stadt wohnen werden. Die Integration mobilitäts-eingeschränkter Menschen setzt barrierefreie Wohnungen und ein entsprechendes Umfeld voraus.

Nach wie vor bleibt es eine Aufgabe der Kommunal- und Wohnungspolitik, auch solche Haushalte mit Wohnraum zu versorgen, die dazu aus eigener Kraft nicht in der Lage sind. Wohnungs- und Obdachlosigkeit sollen verhindert werden. Auf Dauer oder zeitweilig Zugewanderte sollen in den Kommunen angemessene Wohnungsangebote und damit Integrationsmöglichkeiten vorfinden können.

Die Strukturveränderung in früher industriell bestimmten Regionen Sachsen-Anhalts führten zu einem Arbeitsplatzabbau ungeahnten Ausmaßes und haben damit zu einer dynamischen Abwanderung der Bevölkerung von zum Teil mehr als 20 % geführt. Die Bundesregierung reagiert auf diese Entwicklung damit, dass sie sich immer mehr aus der Wohnungspolitik zurückzieht. Weil Versorgungspolitik nicht mehr das gleiche Gewicht wie in der Vergangenheit besitzt, hält man Wohnungspolitik für weitgehend überflüssig.

Das heißt für uns:

1. Der notwendige Stadtumbau muss die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Standortattraktivität weiter auszubauen, um aus dem Teufelskreis Bevölkerungsverlust - Verschlechterung der Infrastruktur - Finanznot der Kommunen durch sinkende Einnahmen herauszukommen. Die Kommunen, die Wohnungseigentümer, die Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Kreditinstitute sind im gemeinschaftlichen Interesse aufgefordert, den Stadtumbauprozess umzusetzen.
2. Bei einer gleichbleibenden Versorgung der durch Leerstand überdimensionierten und lückenhaft bewohnten Stadtteile mit technischer und sozialer Infrastruktur wird sich für die Kommunen und vor allem für Bürgerinnen und Bürger die Kostenschere weiter öffnen. Die PDS muss sich dafür einsetzen, dass die Gebühren für die Inanspruchnahme der technischen und sozialen Infrastruktur nicht unbegrenzt den Kommunen sowie seinen Bürgern aufgebürdet werden.
3. Die Wohnungspolitik ist angesichts des Strukturwandels als fester Bestandteil der Kommunalpolitik zu entwickeln. Es sollte darauf Einfluss genommen werden, dass attraktive Wohnangebote in allen Preissegmenten, für alle Zielgruppen und in vielen Wohnformen entwickelt und angeboten werden. Zugleich sind alternative Wohnformen stärker einzubinden.
4. Die demografische Entwicklung lässt die Zahl der kleinen Haushalte mit einer oder zwei Person(en) ansteigen. Es ist nicht zu übersehen, dass Menschen

ohne Kinder und solche, die außerhalb der Kernfamilie leben, zunehmen. Dementsprechende Rahmenbedingungen sind an diese erkennbare Entwicklung anzupassen.

5. Bei zunehmenden Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens wird sich die Nachfrage nach kleinen Hauseinheiten und garten- bzw. freiraumbezogenen Wohnungen stärker am Markt durchsetzen. Diese Entwicklung ist in den Stadtumbaugebieten besonders zu beachten.
6. Zur Erfüllung der wohnungspolitischen Aufgaben der Kommunen bedarf es eines breiten politischen Konsens. Es ist deshalb notwendig Bürgerinitiativen, Mieterverbände, Mieterbeiräte und Mitgliedervertreter von Genossenschaften in wohnungspolitische Entscheidungsfindungen einzubeziehen.

Gerechte, sozial und ökologisch verträgliche Kommunalabgaben

Gebühren und Beiträge werden von der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger akzeptiert, wenn sie zur Finanzierung eines tatsächlichen Bedarfs, transparent gestaltet, aber auch gerecht und sozialverträglich erhoben werden. Kommunale Dienstleistungen sind nicht zum Nulltarif finanzierbar. Die PDS wird sich jedoch nicht damit abfinden, dass die Linderung der finanziellen Not der Kommunen mit dem immer tieferen Griff in den Geldbeutel von Bürgerinnen und Bürgern bezahlt wird. Ursachen von Preisspiralen sind oft ökologisch und sozial unverträgliche Überkapazitäten der Anlagen. Die rechtlichen Möglichkeiten der Gebührenzahlenden müssen erweitert werden. Umfassende Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger befördern eine Planung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, soziale, ökologische und kommunale Konsequenzen einkalkuliert.

Das heißt für uns:

1. jede Entscheidung über Kommunalabgaben auf der Grundlage eines aktuellen Vergleichsspiegels zu treffen, der die soziale Belastung der Bürger aus der Gesamtheit zu entrichtender Gebühren und Beiträge widerspiegelt;
2. die Gebührengerechtigkeit durch die Anwendung des Verursacherprinzips vor allem bei der Müllentsorgung technisch zu ermöglichen und satzungsmäßig zu verankern;
3. bei Wasser und Abwasser die Gebühren auf eine sozial zumutbare Höchstgrenze zu reduzieren und
4. den Bürgerinnen und Bürgern Mitwirkungs- und Kontrollrechte bei der Ausarbeitung und Anwendung von Gebühren- und Beitragssatzungen zu gewähren;
5. die Rechte der gewählten Vertretungen in Zweckverbänden strikt einzufordern und auszugestalten;
6. Mitwirkungsrechte für Bürgerinitiativen und Umweltverbände festzuschreiben.

Nachhaltige kommunale Kulturpolitik

Das heißt für uns:

1. Das Land Sachsen-Anhalt ist eine bedeutende Kulturregion in Deutschland und in Europa. Die gewachsene Kulturlandschaft mit ihren Theatern, Museen, Orchestern, Burgen, Kirchen, Schlössern und Bodendenkmalen darf, auch mit dem Blick auf einen sich entwickelnden Kulturtourismus, nicht zerstört werden. Die PDS setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, kurzfristige, betriebswirtschaftlich intendierte Kürzungen der Kulturhaushalte zu verhindern. Die PDS widersetzt sich dem Trend des Zurückziehens des Staates aus der Finanzierungspflicht einer breitenkulturellen Betätigung vieler Menschen. Kulturleben und Kunsterlebnis sind nicht Privatsache, sondern Funktionsbedingung einer Kulturgesellschaft.
2. Die PDS verfolgt weiterhin den Gedanken der Erarbeitung eines Landeskulturkonzeptes. Dieses soll Grundlage für die Erarbeitung analoger kommunaler Kulturkonzeptionen sein. Die Kommunen stehen in der Pflicht, die kulturelle Substanz zu erhalten. Solidarität als Grundprinzip sozialistischer Politik heißt auch, sich zu ungleicher Lastenverteilung zwischen den Kommunen zu bekennen und gleichzeitig sich stark zu machen für alternative Finanzierungsmodelle² für den Unterhalt landeswichtiger Einrichtungen. Nicht die schleichende Preisgabe des verfassten Kulturstaates, sondern seine innovative Ausgestaltung bestimmen auch in Zeiten knappen Geldes den kulturpolitischen Ansatz der PDS.
3. Musische Bildung, ästhetische Erziehung und ein funktionierender Wertekanon in Bezug auf Kunst und Kultur sind Bedingung für solidarische Gesellschaftskonzepte. Das Nachhaltigkeitsgebot fordert, verstärkt in die kulturelle Bildung zu investieren. Die PDS verteidigt unter den Bedingungen existenzieller Finanzprobleme der Kommunen die Finanzierung der Kultur auf gegenwärtigem Niveau, ringt um wachsende Kulturhaushalte und widersetzt sich Haushaltskürzungen im Bereich der kulturellen Jugendbildung und der individuellen künstlerischen Förderung.
4. Der fortschreitende Prozess der Formierung eines europäischen Staatenbundes verlangt allorts die bewusste Öffnung für andere Kulturen. Die PDS befürwortet die kommunalen Aktivitäten, die für andere Kulturen aufschließen, ein gedeihliches Neben- und Miteinander verschiedener kultureller Traditionen befördern und unterstützt Bildungsträger, Vereine und Organisationen, die die kulturelle Öffnung als Bereicherung unseres Alltagslebens begreifen und erfahrbar machen.
5. Die PDS lehnt cross-border-leasing Finanzierungsmodelle für kommunale Kultureinrichtungen als unsolidarische, den Wertschöpfungsprozess verschleiernde geldversprechende Aktivitäten ab. Trickreicher staatlicher Steuerbetrug im internationalen Maßstab ist kein entwicklungsträchtiges Wirtschafts- und Finanzkonzept und ist kulturfeindlich.

² Umlagefinanzierung langfristig angelegter Zweckverbände, Regionalverbände ...

6. Die PDS bekennt sich zur Notwendigkeit finanzieller Mittel des Staates für die Realisierung einer kulturellen Grundversorgung im Land, in der Region und den Kommunen. Für überprüfenswert hält sie die Praxis der Kulturförderung, die weitgehend die Geldströme in traditionelle Bereiche lenkt und neueste, innovative Kunst- und Kulturförderung weitgehend dem Marktmechanismus aussetzt.

Individuelle Mobilität durch öffentlichen Personennahverkehr

Die gegenwärtige Verkehrspolitik hat den „Stau“ nicht aufgelöst. Mehr motorisierter Individualverkehr belastet die Umwelt und verhindert eine soziale und ökologische Verkehrswende. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Regionalverkehrs für Menschen und Güter fördert nicht nur soziale Beziehungen der Menschen. Er befriedigt die Bedürfnisse nach Mobilität auf ökologisch und sozial vertretbare Weise. Ein ausgebautetes Netz öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs ist Voraussetzung für nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung und ebenso ein wichtiger Faktor bei der wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

Das heißt für uns:

1. sozialverträgliche Tarife, die eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen;
2. die Förderung und den Ausbau von Tarifgemeinschaften und Verbänden;
3. kurze, barrierefreie Wege im Wohn-, Arbeits-, Freizeit- und Einkaufsbereich als das leitende Prinzip bei der Erstellung von ÖPNV- und Regionalverkehrskonzepten;
4. die Vernetzung und aufeinander bezogene Abgestimmtheit (Vertaktung) der Linien und Strecken im ÖPNV und Regionalverkehr unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Regionen insbesondere des ländlichen Raumes;
5. den bedarfsorientierten Ausbau der Radverkehrsanlagen, einschließlich ihrer sicheren Verkehrsführung;
6. Pilotprojekte, P+R-System, Waldbusse, Discobusse und touristische Nahverkehrsprojekte.

Öffentliche Sicherheit durch soziale Prävention

Das Gefühl persönlicher Sicherheit ist für Bürgerinnen und Bürger von wachsender Bedeutung. Die PDS wendet sich strikt gegen Auffassungen, in der Verschärfung strafrechtlicher Gesetze ein geeignetes Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung zu sehen. Allein können die Kommunen die gesellschaftlichen Ursachen für Kriminalität und Gewalt nicht beseitigen. Sie leisten jedoch durch kommunale Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik, durch ein vielfältiges soziales und kulturelles Leben für Menschen in verschiedenen Lebenslagen einen unverzichtbaren Beitrag zur Prävention.

Das heißt für uns:

1. die Gestaltung eines positiven Sozialklimas durch die gewählten Vertretungen und Verwaltungen, gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und Parteien, Justiz und Polizei;
2. gesellschaftliche Einrichtungen als Stätten sozialer Begegnung, die dazu beitragen, öffentlich über kriminelle Gefährdungen aufzuklären und Zivilcourage zu fördern;
3. Runde Tische gegen Gewalt - für einen toleranten Umgang der verschiedenen Alters- und Interessengruppen in den Städten und Gemeinden zur Verbesserung des öffentlichen Klimas auch in Sachen Kriminalitätsverhütung;
4. eine vertrauensvolle und insbesondere bürgernahe Zusammenarbeit von Polizei, Organen der Rechtspflege und Behörden;
5. die Zusammenarbeit der Bürgerinnen und Bürger in Präventionsräten im Interesse der öffentlichen Sicherheit. In diesen Gremien sollte die Polizei lediglich eine beratende Funktion ausüben;
6. eine gewaltfreie Konfliktbewältigung insbesondere an Schulen;
7. Unterstützung von Initiativen zur Hilfe für Opfer von Straftaten;
8. mehr Kompetenz und Öffentlichkeit der Polizeibeiräte in den Kreisen und kreisfreien Städten.

Eine weltoffene Kommunalpolitik - dem Frieden verpflichtet

Außenpolitik, zudem in einer globalisierten Welt, darf kein Monopol der Bundesregierung sein. Besonders wenn es um Krieg oder Frieden geht, werden die Belange der Kommunen im höchsten Maße betroffen, sei es in der Finanzpolitik, in der Asylpolitik oder in der regionalen Strukturpolitik. Mit den Aktivitäten vor Ort gegen einen Irakkrieg wurde deutlich, dass Belange der Außenpolitik zurück in die Gesellschaft geholt werden können und müssen. Diesen Prozess wird die PDS konsequent unterstützen. Der Prignitzer Appell war und ist dafür Beispiel. Seinem Inhalt fühlen sich die KommunalpolitikerInnen der PDS auch weiterhin verpflichtet. Aus der Perspektive des Alltags heraus gilt es eine friedliche, auf Ausgleich bedachte internationale Politik zu entwickeln.

Leitantrag

Aufgaben der Parteireform für den PDS-Landesverband Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt
am 21. und 22. Juni 2003 in Magdeburg)

Vorbemerkungen

Die 2. Tagung des 6. Landesparteitages am 30. September und 1. Oktober 2000 verabschiedete einen umfangreichen Beschluss mit dem Ziel, die Kampagnen- und Aktionsfähigkeit der PDS als auch die Einbeziehung von SympathisantInnen und bisher wenig aktiven Mitgliedern in die PDS-Politik zu verbessern.

Annähernd gleiche Bedingungen für das Wirken der Partei in den neu zu bildenden Regionen sowie auch eine veränderte Arbeitsweise und neue funktionale Aufgabenbereiche waren zu entwickeln, um die PDS besser als bisher in die Lage zu versetzen, auf gesellschaftliche Debatten und Ereignisse zeitnah reagieren zu können.

Die innere Entwicklung der PDS, sich programmatisch, politisch-organisatorisch und strukturell den veränderten Bedingungen zu stellen, muss mit deutlich höherem Tempo vorangetrieben werden. Dabei spielen die Programmdebatte, die politische Bildung sowie die Erfordernisse der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit ebenso eine zentrale Rolle wie klassische Felder der Parteireform, wie Strukturentwicklung, Kommunikation und Finanzen.

Dabei kommt es darauf an, die bereits vorhandenen Ansätze für ein effektiveres Zusammenwirken aller im Landesverband für die PDS haupt- und ehrenamtlich Arbeitenden weiterzuentwickeln und die Kommunikationsbeziehungen zwischen den Ebenen und in den Regionen durch praktische Umsetzung des Kommunikationskonzeptes sowie neue Ideen im Landesverband weiter zu verbessern.

Wesentliche Beschlusspunkte zur weiteren Entwicklung des Landesverbandes sind im Landesverband in Angriff genommen worden. Allerdings muss einschränkend bemerkt werden, dass durch die Wahlkämpfe 2002 und der damit verbundenen anderen Arbeitsstrukturen sowie die Unzufriedenheit über Unzulänglichkeiten in der Partei selbst und über Äußerungen von Politikern unseres Landesverbandes nach dem Geraer Bundesparteitag eine zielgerichtete Umsetzung und Weiterentwicklung der Beschlüsse erheblich behindert wurde. Mit der durch die 4. Tagung des 7. Landesparteitages eingeleiteten Umkehrung dieses Prozesses gilt es, bei allen Mitgliedern das Problembewusstsein für die notwendigen Schritte zu schärfen.

Die PDS muss aus ihrer Defensive herauskommen

Seit der Abbau sozialstaatlicher Regelungen und die Anpassung des Menschen an die globalisierte Wirtschaft zum dominierenden gesellschaftlichen Trend geworden sind, ist die PDS in der Rolle einer Verteidigerin. Sie verteidigt von ihr selbst als

unzureichend empfundene soziale und demokratische Standards gegen eine neoliberale Mehrheit. Diese Verteidigung kann aber wegen der Mehrheitsverhältnisse immer nur zeitweise und punktuell erfolgreich sein. Der Glaube, dass eine Machtbeteiligung der PDS allein wie in den Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern grundsätzliche Veränderungen bringt, verkennt völlig die Stellung der Partei im politischen System. Auch PDS-Minister, Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister können Politik nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten. Inseln sozialistischer Glückseligkeit wird es nicht geben. Die Akzeptanz für die Überlegenheit unserer sozialistischen Ideen zur erfolgreicherer Gestaltung künftiger gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse ist nicht gegeben und muss durch uns erarbeitet werden. Die PDS ist in der politischen Defensive.

Der Begriff Parteireform umschreibt die Lösung vielfältiger komplexer Probleme der PDS. Insbesondere geht es darum, dass die PDS aus ihrer Defensive herauskommt.

Offensive Politik heißt :

1. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des sozialen Kahlschlages, nicht nur die in der Bundesrepublik erreichten sozialen Standards gegen den Neoliberalismus zu verteidigen, sondern zugleich auch neue Lösungen für gesellschaftliche Probleme vorzuschlagen, mit denen unter den Bedingungen eines radikalen Wandels in Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit verwirklicht werden können. Diese Vorschläge müssen an die Erfahrungen der Menschen anschließen und öffentlich vermittelbar sein.
2. Neue Arbeitsformen für die Veränderung der Gesellschaft zu entwickeln, die die Einmischung vieler in die Politik ermöglichen.

Was hemmt uns gegenwärtig aus der Defensive herauszukommen?

Die PDS ist in sehr unterschiedlichem Maße in der Gesellschaft verankert. Die anscheinend gute politische Verankerung in Ostdeutschland darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die soziale Verankerung sich auf wenige Alters-, Berufs- und soziale Gruppen konzentriert und zunehmend „weiße Flecken“ im Landesverband zu verzeichnen sind. Zunehmend wird das Wirken in der Gesellschaft durch die Altersstruktur der PDS eingeschränkt. Aus historischen Gründen, wegen der teilweisen Ächtung der PDS in der Öffentlichkeit, aber auch aus grundsätzlichen mit Politik- und Parteienverdrossenheit verbundenen Problemen gelingt es nur schwer, Menschen der Generation zwischen 20 und 50 als Mitglieder der PDS oder zur Mitarbeit zu gewinnen. Die politische Alltagsarbeit vor Ort wird dadurch bereits spürbar beeinträchtigt.

In Westdeutschland ist die Situation insbesondere nach dem Nichteinzug in den Bundestag noch viel brisanter. Die unzureichende gesellschaftliche Verankerung der PDS begrenzt nicht nur ihre Ausstrahlung in die Gesellschaft, sondern beraubt sie auch wichtiger Quellen von Wissen und Erfahrungen.

Obwohl es bereits große Schritte in Richtung auf eine Normalisierung gegeben hat, ist das Bild der PDS in den Medien häufig noch von Klischees geprägt. Die Versuche, uns als nur kosmetisch veränderte SED darzustellen, sind nicht verschwunden. Das politische Handeln der PDS wird unvollständig und verzerrt reflektiert. Unsere eigene Ungeschicklichkeit und Gehemmtheit im Umgang mit Medien ist dafür allerdings mitverantwortlich.

Wenn wir die gestiegenen Erwartungen, die andere und wir selbst in uns setzen, erfüllen wollen, dann müssen wir diese Schwierigkeiten überwinden und in die politische Offensive gelangen. Das ist nur möglich, wenn wir uns selbst verändern. Wir müssen mehr werden, und wir müssen besser arbeiten als die anderen. Die Bedingungen dafür zu schaffen ist Aufgabe der Parteireform. Die Parteireform muss die Arbeitsfähigkeit der PDS entscheidend steigern.

Auch die materielle Situation der PDS ist angespannt und unterscheidet sich von der anderer Parteien erheblich. Die PDS finanziert sich fast ausschließlich aus Beiträgen und Spenden ihrer Mitglieder. Mit dem zu erwartenden Mitgliederrückgang, der aus der Altersstruktur resultiert, werden auch die Einnahmen weiter rückläufig sein. Das erfordert auch auf dem Gebiet der Finanzarbeit zusätzliche Anstrengungen, um stabile materielle Voraussetzungen zur Umsetzung der Kampagnen- und Kommunikationsfähigkeit zu schaffen.

Aufgabe der Parteireform ist die Öffnung der PDS

Mit dem Begriff „Öffnung“ sind bei nicht wenigen Befürchtungen und Ängste verbunden, wir müssen sie aber als Gewinn begreifen. Wenn im Zusammenhang mit der Parteireform von 'Öffnung' die Rede ist, dann ist damit keineswegs gemeint, dass sich die PDS den vorherrschenden Meinungen anpassen und nun auch intern nach den durch Massenmedien vorgegebenen Mustern diskutieren soll. Es geht viel mehr darum, sich den gesellschaftlichen Problemen auf eine Art und Weise zu stellen, die eine strategisch offensive Arbeit ermöglicht. Das berechtigte Anliegen, sich im Kreise Gleichgesinnter auszutauschen und politische Strategien zu entwerfen, darf nicht dazu führen, dass wir Schranken zur Gesellschaft aufbauen, in der wir leben. Im Einzelnen heißt das:

Programmatische Öffnung: Bis heute erwarten Linke von denen, mit denen sie gemeinsam für eine bessere Gesellschaft kämpfen wollen, totale Übereinstimmung in allen politischen Ansichten. Es reicht uns nicht aus, dass unsere Bündnispartner die gleichen Ziele verfolgen wie wir, sondern wir verlangen voneinander immer auch noch, dass wir alle aus den gleichen Motiven heraus handeln. Das schränkt unsere Bündnisfähigkeit und damit unsere Handlungsfähigkeit in der Gesellschaft ein. Wir müssen lernen, dass gemeinsame politische Ziele entscheidend sind und nicht gemeinsame Weltanschauungen. Pluralismus in der PDS heißt, dass wir alle in unserer Partei begrüßen, die unsere Vorstellungen von einer menschlicheren Gesellschaft verwirklichen wollen - aus welchen Gründen auch immer. Es ist einfach unmöglich und ein Akt der Bevormundung, all unsere Mitglieder und SympathisantInnen auf eine Interpretation der DDR, auf eine Bewertung der heutigen BRD, der Welt usw. festlegen zu wollen. Programmatische Öffnung heißt, die politischen Ziele zu fixieren und als Partner dort zu gewinnen, wo solche Ziele auch angestrebt

werden. Dafür ist es notwendig, die Art und Weise unserer bisherigen programmatischen Arbeit grundlegend zu überdenken. Insbesondere müssen wir Arbeitsformen finden, die garantieren, dass der reiche Erfahrungsschatz, den die PDS auf allen Ebenen praktischer politischer Betätigung akkumuliert hat, in die programmatische Arbeit einfließt.

Politische Öffnung: Wenn wir eine sozial gerechtere Gesellschaft erarbeiten wollen, dann müssen die Funktionsprobleme dieser Gesellschaft zum Hauptthema der politischen Arbeit werden. Wir werden die sozialen Probleme dieser Gesellschaft nicht lösen, wenn wir uns allein auf die sozialen Probleme konzentrieren. Wir müssen die Wirtschaftspolitik, die Bildungspolitik, die Wissenschafts- und Technologiepolitik angehen, weil in ihnen die Weichen für eine soziale und ökologische Entwicklung der Gesellschaft gestellt werden. Bislang wird uns in diesen Politikbereichen gesellschaftlich nichts zugetraut, und auch wir selbst halten uns häufig nicht für kompetent. Wenn wir aber die Gesellschaft verändern wollen, dürfen wir die Aufmerksamkeit für strategische Politikfelder nicht mehr den Zufälligkeiten innerparteilichen Selbstlaufs überlassen. Wir müssen uns diesen Politikfeldern öffnen und hier auch Prioritäten in der Personalpolitik und im Ressourceneinsatz setzen.

Strukturelle Öffnung: Für viele Menschen verbindet sich politisches Engagement heute nicht mehr mit der Mitgliedschaft in einer Partei. Die PDS zieht durch ihr aktives politisches Eintreten für eine bessere Gesellschaft Menschen an, die sich gegen Kriege, gegen Umweltzerstörung usw. einsetzen und bezogen auf dieses Ziel in der PDS mitarbeiten wollen. Es gibt aber darunter eben auch Menschen, für die aus einer solchen Zusammenarbeit keine Mitgliedschaft in einer Partei folgt. Auch Bürgerinitiativen, Friedensgruppen, Vereine und Verbände wollen auf diese Art und Weise mit der PDS kooperieren, ohne sich auf eine dauerhafte Bindung einzulassen. Was gerade im Fall der Friedensbewegung schon hervorragend gelungen ist, wird immer mehr zur Praxis des politischen Alltags werden. Das wirft die Frage auf, wie eine Partei strukturell beschaffen sein muss, die solche Möglichkeiten zur Mitarbeit und Kooperation schafft. Wir können und wollen keine Gesellschaft für andere gestalten, sondern erreichen, dass die Menschen ihre Gesellschaft selbst verbessern. Alles andere widerspricht unserem emanzipatorischen Ansatz. Diesen Menschen Mitwirkungsmöglichkeiten im politischen System zu bieten, verlangt von der PDS ihre Verankerung im politischen System auszubauen und sich zugleich Strukturen zu geben, die es BürgerInnen ermöglichen, ihre politischen Interessen selbst zu vertreten. Dazu gehören Informationsdienstleistungen ebenso wie abgestimmte Aktionen im Parlament, aber auch die ganz simple materielle Unterstützung zum Beispiel durch Computernutzung und Logistik.

Methodische Öffnung: Wenn wir in unserer Minderheitenposition erfolgreich sein wollen, dann müssen wir neue und bessere Arbeitsweisen entwickeln. Dazu gehören sowohl die Handhabung des parlamentarischen Instrumentariums, die der lähmenden Routine entrissen werden muss, als auch die kreative Ausgestaltung von wirksamen außerparlamentarischem Protest. Wir dürfen uns nicht auf Presseerklärungen, Gesetzentwürfe und Demonstrationen reduzieren lassen. Die methodische Öffnung ist wahrscheinlich die anspruchvollste Aufgabe der Parteireform. Sie fordert von uns allen intensives Lernen und die bewusste Überwindung der Routine des politischen Alltags.

Kulturelle Öffnung: Eine unangenehme Bremse in unserer politischen Arbeit ist die mangelnde Streitkultur. Noch immer gelingt es uns nur selten, von der eigenen Meinung abweichende Ansichten als Anregung zum Nachdenken aufzunehmen. Noch immer schlagen wir auf den Boten ein, wenn uns die Botschaft nicht gefällt. Noch immer halten wir ideologische Einheitlichkeit für wichtiger als gemeinsames Handeln, wittern wir überall Abweichler und Abtrünnige. Kulturelle Öffnung heißt, aus unterschiedlichen Ansichten Gewinn zu ziehen und trotz unterschiedlicher Ansichten gemeinsam zu handeln. Das betrifft auch die Außendarstellung unserer Partei. Wir überschütten die Menschen mit Antworten. Auch wenn das der herrschenden politischen Kultur zuwider läuft, sollten wir stärker auf die Fragen aufmerksam machen, die wir haben.

Personelle Öffnung: Wir müssen uns mehr Möglichkeiten schaffen, mit denen wir die Kreativität und Einsatzbereitschaft möglichst vieler Menschen wirksam werden lassen. Personelle Öffnung heißt erstens Öffnung für Menschen, die wegen ihrer angespannten beruflichen Arbeit wenig Zeit für die PDS haben, sich aber gern einbringen möchten. Unsere Versammlungen und Konferenzen sind wahrscheinlich nicht geeignet, diese Menschen in die politische Arbeit einzubeziehen. Zweitens heißt es Öffnung für Menschen, die an der Lösung eines einzelnen speziellen politischen Problems mitarbeiten wollen, ohne sich gleich prinzipiell an die PDS binden zu wollen. Drittens heißt personelle Öffnung, dass auch innerhalb der PDS die Kooperation von Spezialisten, die nicht unsere Politik im allgemeinen, sondern einzelne Themenfelder aktiv unterstützen wollen, besser unterstützt werden muss. Viertens schließlich heißt personelle Öffnung, dass mehr Menschen Gelegenheit erhalten müssen, Verantwortung zu übernehmen. Wir sollten alle Parteifunktionen daraufhin prüfen, ob ein Generationswechsel nicht neue Chancen in der Aktivierung von Mitgliedern und Sympathisanten böte. Die personelle Öffnung der PDS auf all diesen Ebenen ist dringend erforderlich. Wir müssen erreichen, dass die Vorstände aller Ebenen mittelfristige personalpolitische Vorstellungen entwickeln.

Wie wir unsere Arbeitsweisen und Strukturen verändern müssen, um die beschriebenen Aufgaben zu lösen, bedarf sorgfältiger Überlegung und ausführlicher Diskussion. Aus den bisherigen Diskussionen zur Parteireform lassen sich folgende Schwerpunkte ableiten:

- **Strukturen:** Die gegenwärtig noch dominierende Organisation in Basisgruppen bedarf dringend einer Veränderung, einerseits auf Grund der deutlich rückläufigen Entwicklung der Mitgliederzahlen, andererseits aber eben auch wegen der Notwendigkeit, mit anderen Formen der Mitarbeit mehr Menschen zur aktiven Mitgestaltung zu ermuntern. Geschäftsstellen und Fraktionen der PDS auf allen Ebenen müssen zu Orten werden, zu denen jede/r gern kommt, um an Projekten mitzuarbeiten, sich zu streiten, oder weil er/sie Rat oder Unterstützung erwarten kann. Das erfordert erhebliche mentale und organisatorische Umstellungen.
- **Kommunikation:** Wir müssen lernen, als gesamte Partei miteinander zu diskutieren. Bislang kennen wir nur die Diskussion zentral vorgegebener Thesenpapiere, die die Mehrheit der Partei in eine eher passive Rolle der Zustimmung oder Ablehnung bringt. Diese Form der Kommunikation bringt nur selten eine Weiterentwicklung von Ideen und sie ist sehr schwerfällig. Wir

brauchen ein neues Konzept für die innerparteiliche Diskussion, das die Gestaltung der elektronischen Kommunikation ebenso einbeziehen muss wie die unserer Printmedien „Disput“, „klartext“ und der „Kleinen Zeitungen“ auf Kreis-ebene.

- **Leistungskriterien:** Wenn wir mit unserer politischen Arbeit etwas erreichen wollen, dann müssen wir Leistungskriterien einführen, anhand derer wir erfolgreiche von erfolgloser politischer Arbeit unterscheiden können. Ohne solche Erfolgskriterien werden wir unsere Arbeitsmethoden nicht weiterentwickeln können. Maßstab des Erfolges muss dabei unser Wirken in der Gesellschaft sein. Veranstaltungen, die sich in erster Linie an uns selbst und unsere Freunde richten, sind für sich genommen noch kein Erfolg. Die Meinungsbildung in Konferenzen und Versammlungen ist Voraussetzung politischer Arbeit und nicht ihr Ergebnis.
- **Elektronische Vernetzung:** Vernetzung ist nicht nur ein Modewort, sondern vor allem ein Mittel schneller und billiger Kooperation und Kommunikation. Was früher nur mit erheblichem Zeit- und Geldaufwand durch die Zusammenkunft der Kooperationspartner an einem Ort erreicht wurde, kann heute häufig schneller und billiger durch elektronische Kommunikation geschafft werden. Geschwindigkeits- und Kostenvorteile sind auch für uns wichtige Argumente. Hinzu kommt, dass durch elektronische Medien auch einzelne Mitglieder und SympathisantInnen, in deren Ort vielleicht gar keine Basisorganisation existiert oder die zeitlich stark beansprucht sind, in sie interessierende politische Arbeiten einbezogen werden können. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass wir mehr tun, als unseren papiernen Angeboten eine elektronische Form zu geben. In Dateien verwandelte Presseerklärungen der PDS sind kein interessantes Angebot. Im Sinne der kulturellen Öffnung sollten wir viel stärker dazu übergehen, Fragen, Diskussionen und Einladungen zur Mitarbeit anzubieten.
- **Bildung:** Wir müssen mehr lernen als bisher. Dabei geht es vor allem auch um 'technisches Wissen', um unsere Fähigkeit, gesellschaftliche Mechanismen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu analysieren und unsere politische Arbeit entsprechend zu gestalten. Diese Fähigkeiten und auch die Fähigkeit zur politischen Arbeit bedürfen stärkerer Bildungsanstrengungen als bisher.
- **Mitgliedergewinnung:** Neue Mitglieder gewinnt man dauerhaft nicht durch Werbekampagnen allein, sondern nur durch eine deutliche Erhöhung der Ausstrahlung und der Attraktivität des Mitwirkens in unserer Partei. Nur wenn wir auf allen den genannten Gebieten deutliche Fortschritte erreichen und als eine treibende politische Kraft wahrgenommen werden, die sich erfolgreich moderner effizienter Mittel und Methoden bedient, bauen wir Kontakthürden ab und wecken mehr Interesse für uns. Wer sich politisch für unsere Ziele engagieren will, dem müssen wir Gelegenheiten bieten, dies mit uns gemeinsam zu tun.

Was haben wir bisher erreicht?

Nach nunmehr 2 Jahren gibt es ein sehr differenziertes Bild der regionalen Zusammenarbeit der Kreisverbände der fünf Regionen:

Region Altmark

Auf Grund der konkreten Bedingungen der beiden Altmarkkreise (geringe Einwohnerdichte, Größe des Territoriums und somit sehr lange Wegstrecken) ist die regionale Zusammenarbeit nur sehr schwer zu organisieren. Das führte dazu, dass es zum Beispiel nicht gelungen ist, gemeinsam die Fragen der Mitgliedergewinnung, Umsetzung des Kommunikationskonzeptes oder die Programmdiskussion regional zu organisieren.

Durch den gemeinsamen Wahlkreis zu den Bundestagswahlen und der damit erforderlichen Abstimmung der Arbeit ist es dagegen gut gelungen den Bundestagswahlkampf zu organisieren.

Region Magdeburg

Nach anfänglichen Anlaufproblemen zwischen VertreterInnen der Kreisverbände und des Regionalmitarbeiters entwickelt sich die Zusammenarbeit gut. Davon profitierte die politische Arbeit aller Kreisvorstände.

So gibt es die monatliche Verständigungen über Parteiarbeit (gegenseitige Information und Meinungsaustausch, zum Teil auch Erarbeitung gemeinsamer Positionen zu speziellen Fragen im Landesverband und der Gesamtpartei).

Der Bundestagswahlkampf 2002 machte deutlich, dass jeder Kreisverband seine Aufgaben besser zu lösen vermag, wenn wir unsere Kräfte bündeln.

Die Finanzplanung 2003 ist bereits regional vorgenommen worden und ist ein Beispiel der regionalen Verantwortung für die Finanzarbeit des Landesverbandes. Hierbei geht es nicht nur um das Aufbringen der notwendigen Einnahmen, sondern auch um die gemeinsame Nutzung der in der Region zur Verfügung stehenden Ressourcen der PDS. Zurzeit arbeiten die Kreisverbände an einem Projekt, mit dem es um das Herausarbeiten regional bedeutsamer Positionen geht. Bereits Ende der neunziger Jahre hat es in der Region gemeinsame Beratungen von VertreterInnen der Kreistagsfraktionen gegeben, damit die Fraktionen in wichtigen Fragen möglichst übereinstimmende Positionen vertreten. Themen waren vor allem Rahmenbedingungen der Abfallwirtschaft, Verhindern der Müllverbrennung, Kreislaufwirtschaftszentrum in Rothensee, regionaler öffentlicher Personennahverkehr, friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide, die Problematik Flugplätze Magdeburg-Süd und Cochstedt.

Region Anhalt

In dieser Region ist im Zusammenhang mit der angedachten Kreisgebietsreform eine gute Zusammenarbeit zu Fragen einer Kreisfusion entwickelt worden. Die hierbei gesammelten Erfahrungen müssen Gegenstand eines noch zu organisierenden Erfahrungsaustausches im Landesverband werden. Auch regionale Schulungen zum Mitgliederprogramm und regionale Abstimmungen auf dem Gebiet der Finanzarbeit wurden und werden organisiert. Durch die Initiative von Mitgliedern des Landesparteirates und Kreisvorstandsmitgliedern sind weitere Aktivitäten angedacht, um insbesondere gemeinsame politische Akzente in der Region zu setzen. Diese Initiative des Landesparteirates ist in allen Regionen geplant und sollte von allen unterstützt werden.

Region Halle „südliches Sachsen-Anhalt“

In der Region Halle gibt es die vielfältigsten Aktivitäten, die am weitesten den Forderungen des Parteitagsbeschlusses zur Strukturentwicklung entsprechen. Das hängt auch damit zusammen, dass in dieser Region die mitgliederstärksten Kreisverbände organisiert sind. Vorteilhaft für die Region ist, dass die Mitarbeiter für Parteileben/Mitgliedergewinnung/Öffentlichkeitsarbeit und Politische Bildung/Grundsatzfragen in der Region ihren Arbeitsort haben und somit auch Ideen und Aktivitäten auf diesen Gebieten zuerst vor Ort ausprobiert werden. Diese werden in den landesweiten Beratungen mit den für diese Gebiete verantwortlichen Kreisvorstandsmitgliedern ausgewertet und der Erfahrungsaustausch organisiert. Beispiele sind auch in den „Praxisheften“ nachlesbar.

Region Harz

Die regionale Zusammenarbeit in der Region Harz konzentriert sich auf die Bündelung der Kräfte, um gemeinsame Aktionen durchzuführen und Inhalte abzustimmen.

Das zeigt sich besonders in der Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen, Verbänden und Vereinen, gemeinsame Organisation von Wirtschaftsfrühschoppen sowie bei den regionalen Erfahrungsaustauschen. Des Weiteren wurde jüngst die Wahlabschlussveranstaltung zur Landratswahl im Kreis Aschersleben-Staßfurt mit Hilfe der Region organisiert und durchgeführt. Zur gemeinsamen Abstimmung und Koordinierung der regionalen Aktivitäten wird neben den regelmäßigen Regionalberatungen auch die „Harzer Rundmail“ genutzt.

Die Erfahrungen zeigen, dass dort, wo in den Kreisverbänden bis hin zu den Basisorganisationen regionale Erfordernisse und Erfahrungen diskutiert wurden, auch die größten Fortschritte bei der Umsetzung der Regionalisierung sichtbar sind. Dennoch wurde die Erfahrung gemacht, dass die Regionalisierung den landesweiten Erfahrungsaustausch nicht ersetzen kann.

Bei der Umsetzung des Kommunikationskonzeptes im Landesverband gibt es erste Ansätze, von einem Durchbruch kann aber bisher noch nicht ausgegangen werden. Mit dem beschlossenen Kommunikationskonzept sind die Aufgaben klar festgelegt. Vor den Kreisverbänden steht jetzt die Aufgabe, die bisher nicht ausreichende regelmäßige und zuverlässige Kommunikation mit allen im Territorium Tätigen bis hin zu den Gemeinderäten zu organisieren, um auch den sachbezogenen Erfahrungsaustausch der kommunalen MandatsträgerInnen durch die Kreisvorstände zu organisieren.

Noch nicht alle Kreisverbände haben Ansprechpartner für die Projekte Mitgliedergewinnung, Öffentlichkeitsarbeit/Presse, politische Bildung, Jugend sowie Parteileben/Organisation, so wie es der Parteitagsbeschluss vorsieht, benannt. Für den Bereich Finanzen gibt es in allen Kreisvorständen eine/n verantwortlichen AnsprechpartnerIn.

Probleme sind:

- für mehrere Projekte ein und die/derselbe Ansprechpartner/in
- keine Legitimation des Projektverantwortlichen für Entscheidungen durch den Kreisvorstand

Die Kreisvorstände haben es (außer z.B. BLK, JL, SDL) noch nicht geschafft die Basisorganisationen auf der Grundlage von Ortsverbänden bzw. Verwaltungsgemeinschaften neu zu organisieren. Ebenso haben sich die Formen der Basisarbeit noch nicht so verändert, dass alle Mitglieder und SympathisantInnen an den Veranstaltungen teilnehmen können. Die sich im Arbeitsprozess befindenden Mitglieder haben zum Teil keine Möglichkeit an den Basisveranstaltungen teilzunehmen. Hier kann nur eine Änderung der Organisationsstruktur und der Arbeitsweise helfen, Möglichkeiten zu schaffen.

Zwar gibt es das Bekenntnis aller Kreisvorstände zu den Regionalgeschäftsstellen, dennoch kommen wir nur schwerfällig vorwärts.

Mit dem Festhalten an den alten Strukturen, aus welchen Gründen auch immer, sowie dem ungenügend ausgeprägten Denken als Gesamtpartei, werden sich langfristig Probleme bei der Absicherung regionaler Strukturen ergeben. Mittelfristig sind wir gefordert, eine normative Finanzierung und Ausstattung der Regionalgeschäftsstellen umzusetzen.

Im Wahlkampf haben sich die Regionalgeschäftsstellen als Kommunikations-, Verteilungs- und Dienstleistungszentren gut bewährt.

Bei der Durchsetzung des Beschlusses zur Strukturentwicklung ist die Analyse in den Kreisverbänden noch nicht beendet. Die Finanzrevisionskommissionen der Kreise und die Landesfinanzrevisionskommission haben diesen Prozess noch nicht auf die Tagesordnung ihrer Arbeit gesetzt. Auch die Delegierten des Landesparteitages müssen in dieser Hinsicht aktiver arbeiten.

Nur unzureichend finden Veranstaltungen in der breiten Öffentlichkeit statt. Nach wie vor finden zu viele Veranstaltungen in den Geschäftsstellen statt. Die öffentliche Wirkung wird damit leider nicht erreicht.

Das eingerichtete Kommunikations- und Informationszentrum (KIZ) in der Ebendorfer Str. 3 wird zunehmend von BürgerInnen angenommen. Die Veranstaltungen zum Neujahrsempfang oder zum Friedenslieder singen u.a. sowie die durchgeführten Abgeordnetensprechstunden befördern den Kontakt in die Öffentlichkeit und sind erste Schritte in die Öffnung der Gesellschaft.

Personalstruktur:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesverband sind unser wertvollstes Potenzial für die politische Arbeit im Landesverband. Deshalb gehört es zu den wichtigsten Aufgaben einer Reform der Personalstruktur, stabile und effiziente Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Verantwortung dafür trägt der Landesvorstand in Abstimmung mit den Kreisvorständen.

Mit Beschluss des Landesvorstandes sowie durch die Führung persönlicher Gespräche in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ist die Personalstruktur entsprechend Beschluss verändert worden. Die funktionellen Aufgabenbereiche sind erarbeitet und werden schrittweise umgesetzt. Gegenüber dem Beschluss sind gegenwärtig 2 Stellen nicht besetzt, zwei besetzte Stellen laufen außerhalb der Struktur. Bei der notwendigen Personalentwicklungsplanung ist durch den

Landesvorstand zu beachten, dass notwendige Veränderungen sozial verträglich abzusichern sind.

Die Stelle der Jugendbildungsreferentin wird seit 3 Jahren komplementär finanziert. Hier ist durch eine weitere qualitative und quantitative Qualifizierung in Verantwortung des Landesvorstandes eine Planungssicherheit zu schaffen.

23 junge Menschen haben ein Praktikum in der Landesgeschäftsstelle durchgeführt.

Die Aktionen des Büros für Öffentlichkeitsarbeit in den Regionen kamen durch die Wahlkämpfe noch nicht zum Tragen. Im Rahmen der Umsetzung des Kommunikationskonzeptes des Landesverbandes ist die Arbeit des Büros deutlich zu qualifizieren. Die Verantwortung hierfür trägt der Landesvorstand.

Die politische und fachliche Qualifizierung ist in Kooperation mit Bildungsträgern sowie des Parteivorstandes in Angriff genommen worden. So sind Lehrgänge mit ehrenamtlich und hauptamtlichen GenossInnen zu Politikmanagement, Kommunikation, Telefonmanagement, Homepage, PC, Mitgliederprogramm, Problematik Viren und Datenschutz durchgeführt worden. Durch den Landesvorstand ist eine kontinuierliche fachliche Qualifizierung der MitarbeiterInnen zu sichern.

Die Arbeit der in den letzten Monaten entstandenen Projektgruppen zur Mitgliederwerbung und zur Öffentlichkeitsarbeit ist in gemeinsamer Verantwortung des Landesvorstandes und der Kreisvorstände weiterzuführen.

Finanzen:

Mit der Entscheidung, die politische und organisatorische Arbeit in den Regionen zu konzentrieren, sind wir einen Weg gegangen, auch zukünftig unsere Strukturen im Landesverband finanzieren zu können.

Mittelfristig müssen wir mit einem Rückgang der Einnahmen rechnen. Daraus resultiert, mit dem Wissen um einen höheren Aufwand für Kampagnen, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, strukturelle Veränderungen im Bereich der Geschäftsstellen zu planen. Das bedeutet eine Stärkung der Regionalgeschäftsstellen als Kommunikations- und Organisationszentren mit einer entsprechenden technischen Ausstattung. Nur so sind langfristig Ausgaben für den laufenden Betrieb zu senken.

Reserven gibt es bei den Beitragseinnahmen. Wir gemeinsam müssen Ideen entwickeln, wie wir erreichen, dass es jedem Mitglied wichtig ist, seinen finanziellen Beitrag entsprechend der Satzung zu leisten.

Das Bankeinzugsverfahren ist mit der neuen Finanzordnung und der Umstellung zum Euro stärker in die Diskussion gebracht. Die Teilnehmerzahl ist von 2450 auf 3658 gestiegen. Zukünftig sollte nur das Bankeinzugsverfahren für die Beitragskassierung genutzt werden. Andere Parteien nutzen ausschließlich dieses Verfahren. Der Verwaltungsaufwand wird auf diese Weise in hohem Maße reduziert und viele

unserer aktiven, ehrenamtlich arbeitenden Genossen können andere Aufgaben für die Partei übernehmen.

Die Vorstände in den Kreisen tragen hier eine wichtige Verantwortung. Hier schon beginnt Kommunikation, denn einem Erfahrungsaustausch mit anderen Kreisen kann so manche Idee entspringen.

Zukünftige Wahlkämpfe sind ebenfalls unter veränderten Bedingungen zu führen. Es muss uns gelingen, mit geringeren finanziellen Mitteln, aber bei steigenden Kosten und geringerer ehrenamtlicher Unterstützung ein hohes Maß an Wirksamkeit zu erreichen. Die Erfolge für die PDS bei den Wahlen haben erhebliche Auswirkungen auf die Höhe der finanziellen Mittel aus der staatlichen Teilfinanzierung.

Sozialreformen ohne Sozialabbau!

Soziale Politik – Soziale Sicherheit - Chancengleichheit

(Beschluss der 1. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 21. und 22. Juni 2003 in Magdeburg)

1. Reformen sind nötig!

Die sozialen Sicherungssysteme in ihrer jetzigen Form sind gefährdet. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und Jugendberufsnot sowie häufig unterbrochene Erwerbsbiografien schmälern in bedrohlicher Weise die Finanzierungsbasis. Die Zahl der jüngeren Beitragszahler nimmt im Verhältnis zu den älteren immer weiter ab. Bei steigender Lebenserwartung werden zu wenig Kinder geboren. Die Einkommen der abhängig Beschäftigten wachsen sehr viel langsamer als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt.

Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme ist überfällig.

Sind manche der Reformvorhaben der rot-grünen Bundesregierung durchaus unterstützenswert, so hat die Agenda 2010 vor allem eine große soziale Schieflage zu Lasten der unteren Einkommensgruppen.

Immer dort, wo die Sozialdemokratie der Mut verlässt, die Pfründe starker Lobbyvertreter in Frage zu stellen, muss der Abbau von Sozialleistungen erhalten.

2. Sozialabbau ist ein Armutszeugnis!

Nach dem Willen der Bundesregierung

- soll das Arbeitslosengeld für arbeitslose Frauen und Männer beschnitten werden,
- soll die Arbeitslosenhilfe faktisch abgeschafft, das Einkommen von Langzeitarbeitslosen auf Sozialhilfe reduziert werden,
- sollen PatientInnen mit weiter erhöhten Zuzahlungen und Gebühren kurzfristig die Ausgaben des Gesundheitssystems entlasten,
- soll die Finanzierung des Krankengeldes künftig nur noch Sache der Versicherten sein.

Sozialabbau befördert Einkommensarmut. Sie ist ein Einfallstor für soziale Ausgrenzung, Bildungsarmut, soziale Spannungen und letztlich auch für Gewalt und Kriminalität.

Die Last für den notwendigen Umbau der sozialen Sicherungen tragen damit vor allem

- Frauen und Männer mit niedrigem Einkommen,
- Arbeitslose ohne Perspektive auf dem Arbeitsmarkt,
- kranke und behinderte Menschen,
- sozial Schwache
- und in jedem Fall deren Kinder.

Die Länder sehen sich konfrontiert mit steigenden Kosten für die notwendige Krisenintervention für Menschen in sozialen Konfliktlagen:

- Der Bedarf an Beratungs- und individuellen Hilfsangeboten wächst.

- Die Benachteiligung von Kindern aus einkommens- und sozial schwachen Familien beim Zugang zu Bildung und Wissenschaft nimmt zu.
- Die Chancen von Arbeitslosen, über den 2. Arbeitsmarkt eine Möglichkeit des Wiedereinstiegs in Arbeit zu finden, sinken. Die Möglichkeiten von Kommunen, Angebote sozialer und kultureller Daseinsvorsorge mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu machen, werden drastisch beschnitten.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalts setzt diese Politik in eigener Regie fort:

- Das Netz an Beratungsstellen ist unterfinanziert und wird strukturell in Frage gestellt.
- Mit einer Bundesratsinitiative wurde der Sozialhilfesatz von der Rentenentwicklung abgekoppelt, de facto gekürzt.
- Das Programm für Schulsozialarbeit wird trotz nachweisbarer Wirkungen und steigendem Bedarf eingestellt.
- Für die Lehr- und Lernmittel ihrer Kinder müssen SozialhilfeempfängerInnen künftig zahlen.
- Den Kindern arbeitsloser Eltern ist mit der Einschränkung des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung in der Kita der Zugang zu frühkindlicher Bildung eingeschränkt worden.
- Die Landesregierung ist nicht bereit, sich für zusätzliche Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik im Bund stark zu machen.

Die sinkende Kaufkraft insbesondere in den neuen Ländern setzt die Abwärtsspirale wirtschaftlicher Entwicklung insbesondere im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen eigendynamisch fort.

In den Kommunen wird das Ergebnis einer Politik des Sozialabbaus unmittelbar erlebbar. Soziale Einrichtungen werden geschlossen. In einzelnen Wohngebieten konzentrieren sich soziale Spannungen und Konflikte.

3. Mut zu Reformen macht Sozialabbau überflüssig!

Die PDS lehnt den geplanten Sozial- und Leistungsabbau ab und unterstützt damit den Protest der Gewerkschaften und vieler sozialer Initiativen und Verbände. Deshalb sind Alternativen gefragt.

Tiefgreifende Finanzierungs- und Strukturreformen in allen Sicherungssystemen, beginnend in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung, machen eine Politik der Kostendämpfung durch Sozialabbau überflüssig.

► Das Solidarprinzip bei der Finanzierung muss gestärkt werden!

Alle sozialen Sicherungssysteme gehören auf eine neue, vor allem breitere Finanzierungsbasis. Für die Absicherung der Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit sind alle Mitglieder der Gesellschaft zuständig.

Als einen ersten Schritt unterstützt die PDS den Vorschlag der Rürup-Kommission zur **Einführung einer Erwerbstätigenversicherung** für die Finanzierung der

Gesetzlichen Krankenversicherung und damit den Erhalt der paritätischen Finanzierung durch ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Beamte und Selbständige gehören in die gesetzliche Krankenversicherung.

In einem weiteren Schritt muss auch die Arbeitslosenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung umgestaltet werden.

Durch eine künftig steuerfinanzierte Arbeitsmarktpolitik können soziale, kulturelle, touristische Projekte so auf eine verlässliche finanzielle Grundlage gestellt werden, die im Interesse der gesamten Gesellschaft vor allem die Daseinsvorsorge in den Kommunen unterstützen soll.

Wir brauchen eine solidarische Ausbildungsabgabe, die diejenigen Unternehmen stützt, die ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und diejenigen belastet, die nicht ausbilden und sich verweigern.

► **Soziale Sicherungssysteme müssen armutsfest gemacht werden!**

Nach der Einführung der Grundsicherung für ältere und für behinderte Menschen fordert die PDS als Alternative zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe eine **Grundsicherung in der Arbeitslosenversicherung** deutlich oberhalb des Niveaus der Sozialhilfe.

► **Durch eine Strukturreform zu mehr Qualität und Effizienz!**

Der größte Kostenfaktor im Gesundheitswesen ist die fehlende Qualität und Transparenz. Streng voneinander getrennte Sektoren der medizinischen Versorgung verhindern Synergieeffekte und ganzheitliche medizinische Betreuung. Fachpersonal und medizinische Geräte werden doppelt vorgehalten und doppelt genutzt.

Eine *Vernetzung* zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten ist der Schlüssel zu mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit. Die PDS unterstützt die Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Behandlungen und die Förderung von Gesundheitszentren und Polikliniken.

Der Einfluss der Pharmaindustrie auf ärztliche Verschreibungspraxis muss unverzüglich gebremst werden. Die Einführung einer Positivliste ist ein erster Schritt.

4. Durch Sozialpolitik in Sachsen-Anhalt Vorsorge betreiben!

Die Sozialpolitik des Landes ist in der Pflicht, die Folgen von Einkommensarmut verhindern zu helfen, den betroffenen Frauen und Männern Beratung und Hilfe anzubieten.

Die PDS Sachsen-Anhalt fordert deshalb ein konsequentes Gegensteuern der Sozialpolitik im Land gegen die Zunahme von Armut und Ausgrenzung sowie gegen deren individuelle und gesellschaftliche Folgen:

- eine konsequente Fortschreibung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung zur sozialen Lage der hier lebenden BürgerInnen,
- eine verlässliche Förderung des Netzes an Beratungsstellen für Menschen in sozialen Konfliktlagen durch eine kommunale Sozialpauschale, die den

Landkreisen und letztlich den Trägern über mindestens drei Jahre Planungssicherheit gewährt und das Modell von integrierten Beratungsnetzen befördert,

- die kontinuierliche Förderung der Schulsozialarbeit als Regelaufgabe, nicht nur als Mittel zur Krisenintervention,
- die Kostenfreiheit für Lehr- und Lernmittel für SozialhilfeempfängerInnen auch bei schwieriger Haushaltslage,
- die Wiedereinführung des ganztägigen Rechtsanspruches auf frühkindliche Bildung in der Kita auch für Kinder arbeitsloser Eltern,
- den Verzicht auf ein Einfrieren der Sozialhilferegelsätze in Sachsen-Anhalt,
- die Rücknahme der Kürzungen des Blindengeldes,
- die Sicherung der in Sachsen-Anhalt notwendigen Strukturen der Arbeitsförderung und der Weiterbildung durch eine Begleitung des notwendigen Umstrukturierungsprozesses mit dem Ziel, eine zukunftsorientierte und lebensfähige Trägerlandschaft zu erreichen, indem die Förderung des Landes auf die neuen Bedingungen umgestellt wird,
- die Nutzung aller Möglichkeiten der Politik, damit das Landesarbeitsamt und die örtlichen Ämter ihre Spielräume entsprechend den Bedingungen in Sachsen-Anhalt dafür nutzen,
 - a) die Maßnahmedauer von ABM in sinnvollen Projekten für mindestens ein Jahr zu ermöglichen,
 - b) bei der Festlegung des Eigenanteils der Träger deren tatsächliche Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen und
 - c) flexible Vermittlungsquoten für die Maßnahmen der Weiterbildung und Umschulung zuzulassen
- den Einfluss der Landesregierung geltend zu machen, damit die vom Land für aktive Arbeitsmarktpolitik bereitgestellten Mittel zu 100 % umgesetzt werden können.

Schulentwicklungsplanung

(Beschluss 1. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 21. und 22. Juni 2003 in Magdeburg)

1. Der Parteitag nimmt das Material „PDS zur Schulentwicklungsplanung in Sachsen-Anhalt“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Abgeordneten insbesondere in den Kreistagen, in Stadt- und Gemeinderäten mit einem Mandat der PDS werden aufgefordert, das Material der zeitweiligen Arbeitsgruppe Schulnetzplanung „PDS zur Schulentwicklungsplanung in Sachsen-Anhalt“ auszuwerten, in der Arbeit an der Schulentwicklungsplanung und bei der Beschlussfassung der Schulentwicklungspläne bis 2008/2009 sowie bei der Führung des Kommunalwahlkampfes zu berücksichtigen.
3. Der Parteitag bittet die Abgeordneten im Landtag mit einem Mandat der PDS ihre parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, um auf die rechtlichen Bedingungen der Schulentwicklungsplanung in den Landkreisen und kreisfreien Städten Einfluss zu nehmen:
 - Sie sollen die Landesregierung auffordern, Regelungen zu treffen, um in bestimmten Regionen von der bisher geforderten durchschnittlichen mindesten Schülerzahl pro Jahrgang abweichen zu können, wenn dies mit Erfordernissen der regionalen Gesamtentwicklung begründet ist; Sekundarschulen sollen mindestens in Grundzentren erhalten werden, dazu soll ausnahmsweise auch eine durchschnittliche Jahrgangsbreite von 30 genehmigungsfähig sein; die unflexiblen Festlegungen zu den Eingangsklassen sollen aufgehoben werden.
 - Sie sollen sich für Übergangsregelungen einsetzen, um ein zusätzliches Schulsterben, besonders bei Sekundarschulen zu verhindern, in diesem Sinne sollen die 5. und 6. Schuljahrgänge erst nach einer Frist von mindestens zwei Jahren nach in Kraft Treten des neuen Schulgesetzes bei der Genehmigung von Schulstandorten berücksichtigt werden.
 - Sie sollen die Umsetzung des Programms der Bundesregierung „Zukunft, Bildung und Betreuung“ zur Schaffung von mehr Ganztagsschulangeboten im Interesse umfassender und besserer Bildungsangebote befördern.
4. Die PDS setzt sich dafür ein, Schulentwicklungsplanung als einen demokratischen und transparenten Prozess zu gestalten. Sie unterstützt in den Landkreisen und kreisfreien Städten Initiativen und Bürgerbewegungen, die sich gegen bürokratisches Vorgehen bei der Schulentwicklungsplanung und gegen Kahlschlag in der Bildung wenden.
Sie unterstützt die Abgeordneten der PDS bei ihren schwierigen Entscheidungen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung und akzeptiert demokratisch erstrittene Lösungen.
5. Der Parteitag schlägt vor, in das Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 2006 die Forderungen aufzunehmen:

- sich für ein an regionalen Erfordernissen orientiertes, leistungsfähiges Schulnetz einzusetzen, das allen Kindern und Jugendlichen unabhängig, ob sie in Städten oder auf dem Lande leben, und unabhängig von ihrer sozialen Lage gleichwertige Bildungschancen eröffnet,
- für das *zeitweilige* Unterschreiten der Mindestschulgrößen bei Sekundarschulen auf eine durchschnittliche Jahrgangsbreite von bis zu 30 Schülerinnen und Schüler im Interesse der stabilen Entwicklung dieser Schulen einzutreten, wenn künftig ein Anstieg der Schülerzahl begründet zu erwarten ist, um das 2006 entstandene Schulnetz nicht weiter auszudünnen,
- bessere Entwicklungsbedingungen für Gesamtschulen und Schulverbünde sowie für Ganztagschulen bzw. Ganztagschulangebote zu schaffen und
- die Forderung zu erheben, auch für die Schülerinnen und Schüler des 11., 12. und 13. Schuljahrgangs die notwendigen Beförderungsleistungen unentgeltlich bereitzustellen, solange sie über kein eigenes Einkommen verfügen, und die im Schulgesetz verankerte Entlastung der Erziehungs-berechtigten der Schülerinnen und Schüler aller Schuljahrgänge von den Kosten für Lernmittel zu bewahren.

Zeitweilige Arbeitsgruppe „Schulentwicklungsplanung“ beim Landesvorstand der PDS

Ada Ahrens, Quedlinburg
Peter Joseph, Landtagsfraktion der PDS
Prof. Siegfried Kiel, Halle
Dr. Helmut König, Halberstadt
Hans-Joachim Mewes, Magdeburg
Elke Nicolai, Stendal
Michael Rieke, Altmarkkreis Salzwedel
Angelika Scholz, Altmarkkreis Salzwedel

Arbeitskreis Kultus der Fraktion der PDS im Landtag

Stefan Gebhardt, MdL
Dr. Rosemarie Hein, MdL
Matthias Höhn, MdL
Peter Joseph, Landtagsfraktion der PDS
Dr. Martin Reso, Landtagsfraktion der PDS
Dr. Petra Sitte, MdL

PDS zur Schulentwicklungsplanung in Sachsen-Anhalt

Bildung hat hohe Priorität

Der Landesverband der PDS misst der Aneignung umfassender Bildung in seinem politischen Wirken hohe Priorität bei. Bildung ist von zentraler Bedeutung für die freie Entwicklung jedes Individuums, für eine demokratische und solidarische Gesellschaft wie für eine gedeihliche soziale, ökonomische und technologische Entwicklung des Landes in ökologischer Verantwortung. Bildung und Wissenschaft, Kultur und Forschung zählen zu seinen wichtigsten Ressourcen.

Deshalb muss Bildung allen zugänglich sein. Wird Bildung verwehrt, sind Freiheit und soziale Gerechtigkeit eingeschränkt.

Allgemeine Schulbildung und berufliche Erstausbildung haben im gesamten Bildungsprozess eine Schlüsselfunktion.

Die PDS in Sachsen-Anhalt tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen in Stadt und Land gleichwertige Chancen haben, gute Schulen zu besuchen, dass allen die Möglichkeit gegeben ist, jeden angestrebten Abschluss einer allgemein bildenden oder berufsbildenden Schule zu erlangen. Dazu bedarf es auch eines in der Fläche ausgewogenen Netzes leistungsfähiger Schulen. Die PDS Sachsen-Anhalt sieht in der Gestaltung der Schulnetze eine wichtige Frage sozialer Chancengleichheit und individueller Lebensperspektiven, der kulturellen Identität von Dörfern, Städten und Stadtteilen, sie sieht Schulen als Orte des Lernens und Lebens sowie als wichtige Kristallisationspunkte regionaler Entwicklung.

Land, Landkreise, Städte und Gemeinden sorgen auf der Grundlage der Verfassung unseres Landes für ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen. Sie tragen eine gemeinsame Verantwortung.

Die Ausgestaltung der Schulbildung ist im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland Angelegenheit der Länder. Die PDS in Sachsen-Anhalt geht bei ihren Forderungen von der derzeitigen Rechtslage in unserem Land, insbesondere vom Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt *) und den Vereinbarungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) aus.

Sie sieht sich bei ihren bildungspolitischen Forderungen in der Pflicht, die bundesweite Anerkennung aller Schulabschlüsse, die in Sachsen-Anhalt erworben werden können, nicht zu gefährden.

Ungeachtet dessen hält sie einige derzeit bestehende Übereinkünfte der KMK für restriktiv. Sie greifen nach ihrer Ansicht in die Bildungshoheit der Länder ein, indem sie strenge Regelungen zur Differenzierung und Ausgestaltung von Bildungsgängen sowie zum Teil formale Festlegungen zum Unterrichtsstundenrahmen treffen. Die PDS in Sachsen-Anhalt wird auch weiterhin dafür eintreten, diese Art von Eingriffen in die in den Ländern und vor allem an den Schulen zu gestaltenden Bildungsprozesse zu überwinden. Vielmehr hält sie bundesweite einheitliche Bildungsstandards, deren Inhalte von den Herausforderungen der modernen Welt und den Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen in den Etappen ihrer Entwicklung bestimmt werden, für eine Chance, Gräben zwischen den Bildungsgängen zu überwinden, Qualitätsunterschiede in den Bildungsangeboten abzubauen.

**) Nach dem Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. 8. 1996 (GVBl. LSA S. 281), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 26. 2. 2003 (GVBl. LSA S. 22) und § 1 des Gesetzes vom 27. 2. 2003 (GVBl. LSA S. 42) bestehen in Sachsen-Anhalt Grundschulen, Sekundarschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Sonderschulen, Abendsekundarschulen, Abendgymnasien, Kollegs, Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen, Fachoberschulen und Fachgymnasien (§ 3 Abs. 2). Sie sind öffentliche Schulen in Trägerschaft der Landkreise, Gemeinden oder des Landes oder Schulen in freier Trägerschaft. Für die öffentliche Grundschulen, Sekundarschulen, Gesamtschulen und Gymnasien hat der Gesetzgeber die Mindestzügigkeit, das heißt die Anzahl der parallel bestehenden Klassen in den Schuljahrgängen, einschließlich der Ausnahmen festgelegt. Demnach müssen Grundschulen mindestens einzügig, ausnahmsweise nicht in allen Schuljahrgängen (§ 4 Abs.6), Sekundarschulen mindestens zweizügig, Gesamtschulen mindestens dreizügig, ausnahmsweise kann von der Zwei- bzw. Dreizügigkeit bei Sekundarschulen und Gesamtschulen abgewichen werden (§ 5 Abs. 8 und § 5a Abs. 7), und Gymnasien mindestens dreizügig, ausnahmsweise zweizügig (§ 6 Abs. 5), geführt werden. Bei der Festlegung der Mindestzügigkeit bei Sekundarschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ist der Gesetzgeber auch von den Erfordernissen der Übereinkünfte der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder hinsichtlich der Differenzierung der Bildungsgänge ausgegangen, um die bundesweite Anerkennung der in Sachsen-Anhalt erworbenen Abschlüsse zu sichern. Auf eine Festlegung von Mindestschülerzahlen in Schulen oder Schuljahrgängen hat er bisher verzichtet, allerdings der obersten Schulbehörde, dem Kultusministerium, die Ermächtigung verliehen, diesbezügliche Regelungen zu erlassen (§ 22 Abs. 6 Ziffer 2.).*

Schulen verschiedener Schulstufen als auch verschiedener Schulformen können organisatorisch in Schulverbänden zusammengefasst werden. Die Mindestzügigkeiten der zusammenfassenden Schulen einschließlich der Ausnahmen dürfen nicht unterschritten sein (§ 13 Abs. 1).

Die Schulträgerschaft nehmen die Kommunen im eigenen Wirkungskreis wahr (§ 64 Abs. 3). Zum eigenen Wirkungskreis der Landkreise und kreisfreien Städte gehören ferner die Schülerbeförderung (§ 71) und die Schulentwicklungsplanung (§ 22).

Landkreise und kreisfreie Städte sind verpflichtet, die planerischen Grundlagen für ein regional ausgeglichenes und leistungsfähiges Bildungsangebot zu schaffen (§ 22 Abs. 1). In den Planungsprozess sind die Schulbehörden, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die Kreiseltern- und -schülerräte, bezüglich der berufsbildenden Schulen die Sozialpartner, die Wirtschaftsverbände, die zuständigen Arbeitsämter und im Falle der Aufhebung von Schulstandorten die betroffenen Gemeinden, Schülerräte, Elternräte und die zuständige Personalvertretung der Lehrerinnen und Lehrer einzubeziehen (§ 22 Abs. 2, 3 und 5). Der Kreistag oder der Stadtrat einer kreisfreien Stadt stellt den Schulentwicklungsplan durch Beschluss fest (§ 22 Abs. 2). Die Schulentwicklungspläne bedürfen darüber hinaus der Genehmigung der Schulbehörde (§ 22 Abs. 4).

Die PDS in Sachsen-Anhalt verweist darauf, dass das Schulgesetz auch in seiner derzeitigen Fassung noch wichtige Elemente einer in den vergangenen Jahren begonnenen demokratischen Bildungsreform enthält, die verteidigt werden müssen.

Die Abgeordneten der PDS im Landtag haben maßgeblichen Anteil unter anderem an den Regelungen zur demokratischen Gestaltung des Prozesses der Schulentwicklungsplanung, insbesondere der Anhörungsrechte von Schuleltern- und Schülervertretungen sowie Lehrpersonalvertretungen, an den Regelungen zur Bildung von Schulverbänden, zur Festlegung von Verkehrszeiten der Schülerbeförderung auch zu außerunterrichtlichen Veranstaltungen der Schule, zu ganztags-schulischen Angeboten und außerschulischen Betreuungsangeboten am Schulort und an den Regelungen zur Ausgestaltung der innerschulischen Demokratie, insbesondere der Rechte der Schülervertretungen, an den Regelungen zur Gewährleistung von Rechten behinderter und benachteiligter Schülerinnen und Schüler, zur Integration, zur Gleichstellung der Geschlechter und gegen jedwede Diskriminierung.

Auch unter schwierigen Bedingungen – konstruktive Schulpolitik

Die PDS in Sachsen-Anhalt bezieht zum Schulgesetz des Landes insgesamt jedoch kritische Positionen. Das konservative Roll-back vieler in den letzten Jahren begonnener Reformen lehnt sie entschieden ab. Die mit dem Achten Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes mit den Stimmen von CDU und FDP vollzogene weitere Aufgliederung der Schülerschaft schon nach dem 4. Schuljahrgang wird sich als untaugliches Mittel erweisen, in der Breite zu besseren Bildungserfolgen zu gelangen, sie wird vielmehr soziale Gräben vertiefen und Schulentwicklungsplanung zusätzlich erschweren.

Bildungs- und Erziehungsprozesse haben in Sachsen-Anhalt bereits an vielen Stellen schmerzhaft den Rotstift spüren müssen. Zahlreiche Schulstandorte fielen nicht nur sinkenden Schülerzahlen sondern auch dem Sparzwang zum Opfer. Von pädagogischen Einsichten und Notwendigkeiten entfremdetes Verwaltungshandeln hat manche Spuren in der Bildungslandschaft Sachsen-Anhalts hinterlassen.

Aber auch unter diesen Bedingungen wird die PDS in Sachsen-Anhalt nach wie vor vehement dafür eintreten, dass hohe Bildung für alle offen bleibt, mehr Jugendliche mittlere Schulabschlüsse und das Abitur erreichen, moderne und zeitgemäße Bildungsinhalte in Schule und Unterricht einziehen und Schule ihre Verantwortung für die individuelle Förderung jedes Kindes, jedes Jugendlichen annehmen und ihr gerecht werden kann.

Schulen brauchen klare Entwicklungsperspektiven. Formale bürokratische Eingriffe in den Schulalltag beeinträchtigen die Qualität von Bildung und Erziehung genauso wie die Sorge um den Bestand der Schule.

Demografische Lage zwingt zu neuen Lösungen, erfordert neue Denkansätze

Die PDS in Sachsen-Anhalt ist sich der besonderen demografischen Situation bewusst, in der sich unser Land befindet. Bedingt durch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungen, sind die Geburtenzahlen nach 1990 dramatisch

gesunken. Anhaltende soziale Verunsicherung und eine zunehmend familien- und kinderunfreundliche Politik, Veränderungen in der Lebensplanung und im Lebensstil sowie eine starke Abwanderung gerade junger Menschen aus unserem Land haben das ihre beigetragen, dass bis heute ein deutliches Ansteigen der Geburtenzahlen ausbleibt und die Schülerzahlen weiter sinken. Der Einbruch der Geburten nach 1990 hatte aber auch wegen der insgesamt geringen Zahl junger Menschen als Folge des „Pillenkicks“ in den 70er Jahren so dramatische Auswirkungen. Bei allen ungünstigen Faktoren muss davon ausgegangen werden, dass die starken Jahrgänge aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre, zwar zeitlich verzögert, wieder zu einem Anstieg der Geburtenzahlen führen werden, wenn auch das frühere Niveau bei weitem nicht zu erreichen sein wird. Bis jetzt zeichnet sich ab, dass dieser Prozess nur zögerlich verläuft und selbst die Erwartungen vom Beginn der mittelfristigen Schulentwicklungsplanungen in den Jahren 1999 und 2000 sich insgesamt nicht erfüllen.

Dennoch hält es die PDS in Sachsen-Anhalt für notwendig, Vorsorge zu treffen, dass auch bei wieder wachsenden Schülerzahlen ausreichende und gute Ausbildungsbedingungen zur Verfügung stehen. Sie plädiert deshalb dafür, Schulstandorte auch dann zu erhalten, wenn sie *zeitweilig* die geforderte Mindestschülerzahl unterschreiten.

Die stark gesunkenen Geburtenzahlen gepaart mit Wanderungsprozessen, wirtschaftlichen Strukturveränderungen und Verschiebungen der Altersstruktur der Bevölkerung werden unser Land nachhaltig und tiefgreifend prägen. Das wirkt sich über lange Zeiträume auf alle gesellschaftlichen Bereiche, auf die Voraussetzungen kommunaler und regionaler Entwicklung und die Erwartungen an kommunale Daseinsvorsorge aus.

Die PDS in Sachsen-Anhalt hält es in dieser Lage für besonders wichtig, den politischen Schwerpunkt ihres Wirkens darauf zu richten, dass Kinder und Jugendliche sich gut entwickeln und im Leben in unserem Land eine Perspektive sehen können. In diesem Sinne kann eine zukunftsfähige Schulentwicklungsplanung selbst einen Beitrag leisten, ihre eigenen Planungsvoraussetzungen zu verbessern.

Schulstandorte enger mit regionaler Entwicklung verbinden

Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert auf der Grundlage des Schulgesetzes auch unter schwierigen Bedingungen ein regional ausgeglichenes und leistungsfähiges Bildungsangebot im ländlichen Raum und in den Städten.

Die Entwicklung der Schulstandorte soll enger mit der Entwicklung des ganzen Landes und der Planungsregionen verbunden werden.

Eine Konzentration der Bildungsangebote allein auf die größeren Städte lehnt die PDS in Sachsen-Anhalt ab.

Vielmehr geht sie davon aus, dass Schule im Leben und im gewöhnlichen Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger, der Kinder und Jugendlichen verwurzelt sein soll. Bildungs- und Erziehungsprozesse müssen als wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens erfahrbar sein. Umgekehrt sind moderne Bildung und humanistische Erziehung ohne eine Öffnung hin zur Kommune, zu Wirtschaft und Handel, zu regionaler Kultur für die PDS nicht denkbar. Schule braucht von dort noch mehr und stärkere Impulse.

Darüber hinaus prägen Schulen das kulturelle Antlitz der Städte und Dörfer und der Regionen mit, bestimmen nicht unerheblich über deren Attraktivität für Bürgerinnen und Bürger wie für gewerbliche und andere Ansiedlungen. Nicht selten geben Schulen selbst wichtige Impulse für die regionale Entwicklung und Innovationskraft. Von einem ausgewogenen Netz leistungsfähiger Schulen wird die Attraktivität des ganzen Landes entscheidend mit geprägt. Bildung ist wichtiger Standortfaktor geworden.

Eine engere Verbindung der Planung der Schulstandorte mit der gesamten regionalen Entwicklungsplanung bedeutet deshalb, Schulstandorte zu erhalten und auszubauen, wo sie wichtige Kristallisationskerne der Regionen und Kommunen sind. Zu bewerten sind Wirtschaftsstandorte, exponierte Verkehrslage, Ansiedlungsdynamik aber auch kulturelle und sportliche Traditionen und Entwicklungen.

Schulen als solche Kristallisationskerne zu erhalten, muss im Rahmen des Schulgesetzes auch möglich sein, wenn die Mantelbevölkerung nicht ausreicht, die allgemein im Lande geforderte Mindestschülerzahl zu erreichen. In diesem Sinne tritt die PDS in Sachsen-Anhalt für einen Paradigmenwechsel in der Schulentwicklungsplanung ein. Wurde die Planung bislang vorrangig von der Einhaltung der Schulmindestgrößen und von der Einhaltung von Beförderungszeiten bestimmt, so soll sie künftig in erster Linie durch die Erfordernisse einer ausgewogenen regionalen Entwicklung geprägt werden.

Für leistungsfähige Schulstandorte mit einem breiten Bildungsangebot

Dennoch muss es um leistungsfähige Standorte mit einem breiten Bildungsangebot gehen.

Leistungsfähigkeit misst sich in diesem Zusammenhang für die PDS in Sachsen-Anhalt vor allem daran, wie es gelingt, allen Kindern und Jugendlichen gute und umfassende Bildung zu ermöglichen.

Leistungsanforderungen sollen sich mit der Verpflichtung zu individueller Förderung jedes Schülers und jeder Schülerin verbinden. Ihre Stärken und Talente sollen zum Tragen kommen, ihre Neigungen und Interessen beachtet, ihre Defizite überwunden werden.

Schule soll ein Klima schaffen, in dem die Kinder und Jugendlichen erfolgreich lernen können, in dem sie aber auch mit ihren vielfältigen Wünschen, Erwartungen, Problemen und Schwierigkeiten nicht allein gelassen werden, sondern professionelle Hilfe, Rat, Unterstützung und Ansporn finden.

Die PDS in Sachsen-Anhalt geht in diesem Sinne davon aus, dass Schule auch einen sozialpädagogischen Auftrag hat. Zu dessen Erfüllung nimmt die Bedeutung der Tätigkeit von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern weiter zu.

Schule soll als wichtiger Teil des Gemeinwesens demokratisch gestaltet werden. Schülerinnen und Schüler sollen ernst genommen und sich zunehmend als mündige und aktive Bürgerinnen und Bürger engagieren und auch kritisch einbringen können.

Schule muss immer mehr auch sozialen Nachteilsausgleich leisten. Dem können viele Schulen derzeit nicht ausreichend gerecht werden. **Die PDS in Sachsen-Anhalt tritt in diesem Zusammenhang für die Schaffung komplexer Bedingungen dafür ein, dass die große Mehrheit der Jugendlichen aus allen Bevölkerungsschichten mindestens den Realschulabschluss erlangen kann, Bildungszugang nicht eingeschränkt, niemand von Bildung ausgeschlossen wird.**

Besonders in den weiterführenden Schulen ist es erforderlich, einem sich in wachsendem Maße differenzierenden und flexiblen Bildungsprozess zu entsprechen. Dazu bedarf es eines qualifizierten Unterrichts in allen Fächern der Stundentafel und einer breiten Palette zusätzlicher und vertiefender Bildungsangebote.

Schulen sollen ihre inhaltliche und pädagogische Arbeit, ihr gesamtes Schulleben mehr und mehr selbst gestalten und verantworten können. Schulprogramme helfen, die Arbeit zu qualifizieren und kritisch zu überprüfen. Schulen sollen eigene Schulprofile ausprägen und sich hin zur Gesellschaft öffnen.

Um diesen sehr anspruchsvollen Zielstellungen gerecht werden zu können, sind angemessene materielle Ausstattung, über die Schule hinausreichendes gesellschaftliches und privates Engagement wichtig. Entscheidend werden aber auch künftig die Schulleitung und das Kollegium der Lehrerinnen und Lehrer und der weiteren pädagogischen Fachkräfte bleiben, die der Schule vor allem ihr pädagogisches Gepräge geben. Der Stabilität der Kollegien der Lehrerinnen und Lehrer sowie der weiteren pädagogischen Fachkräfte wird große Bedeutung beigemessen.

Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert ihre Abgeordneten in den Kommunen auf, bei Standortentscheidungen sich davon leiten zu lassen, dass diese für Schule essentiellen Prozesse langfristig befördert, nicht eingeschränkt oder gar abgebrochen werden. Auch bei Schulfusionen oder bei einem notwendigen Schulwechsel von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, weiteren pädagogischen Fachkräften soll gemeinsam mit den Schulbehörden alles getan werden, Schulprofile zu erhalten, weitere schulische Entwicklungsprozesse fortzusetzen und ihnen nach Möglichkeit neue Impulse zu verleihen.

Gute Schule verlangt ein Mindestmaß an Lehrkräften, weiteren pädagogischen Fachkräften, auch an Schülerinnen und Schülern. Das Fachlehrerpotential muss eine qualifizierte und stabile Versorgung in den mannigfaltigen Unterrichtsfächern sowie weitere schulische Bildungsangebote gewährleisten.

An kleinen Schuleinheiten kann das Fachspektrum des Kollegiums eingeschränkt sein, sind die schülerzahlbezogenen Lehrerstundenzuweisungen niedriger, das Bildungsangebot über die festgelegte Stundentafel hinaus meist gering. Das muss gegen die unbestreitbar auch vorhandenen Vorteile gut abgewogen werden.

Die PDS in Sachsen-Anhalt spricht sich dagegen aus, in der weiteren Entwicklung der Schulnetze Konzentrationsprozesse auszulösen, die zu sehr großen Schulen und in deren Folge zu zahlenmäßig sehr starken Klassen im allgemein bildenden Bereich führen. Sekundarschulen mit über 600, Gymnasien und Gesamtschulen mit über 1.000 Schülerinnen und Schülern hält die PDS in

Sachsen-Anhalt für pädagogisch problematisch und im Interesse eines ausgewogenen Schulnetzes für kontraproduktiv.

Die PDS in Sachsen-Anhalt hält es für möglich, ab 2006 von der starren Festlegung von Mindestzügigkeiten abzukommen und schrittweise an Stelle von Bestimmungen zur Klassenbildung im Sekundarbereich, zu einer schülerzahlbezogenen Lehrerstundenzuweisung überzugehen.

Sekundarschulen – Kern des allgemein bildenden Schulwesens in Sachsen-Anhalt

Sekundarschulen werden auch in Zukunft jene Schulen sein, die die meisten Schülerinnen und Schüler besuchen. Die Leistungsfähigkeit dieser Schulen muss daher erhöht werden.

Die Sekundarschulen bleiben in den politischen Zielen der PDS in Sachsen-Anhalt die wichtigste Schulform. Sie sollen allen Kindern und Jugendlichen eine Bildung anbieten, die eng mit dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verbunden ist, und alle weiterführenden Qualifikationslaufbahnen, einschließlich der akademischen, ohne Umwege und zusätzliche Hürden eröffnen kann.

Deshalb soll diese Schule überall und für jede und jeden ein attraktives und gut erreichbares Bildungsangebot sein. **Mindestens in jedem Grundzentrum sollte eine Sekundarschule bestehen.**

In diesem Sinne sollen Sekundarschulen das konstituierende Element der Schulentwicklungspläne sein. Ausgehend von dem in der Fläche vorzuhaltenden Sekundarschulnetz soll die Planung und Entwicklung der weiteren Schulstandorte erfolgen.

Für den Erhalt und den Ausbau der Gesamtschulen, für die Entwicklung von Schulverbänden

Nach wie vor hält die PDS in Sachsen-Anhalt Gesamtschulen für eine zukunftsfähige Schulform. Sie tritt für den Erhalt und den Ausbau der Gesamtschulen ein.

Gesamtschulen in kooperativer und integrativer Form können gerade auch in bevölkerungsschwachen Gebieten ein attraktives umfassendes Bildungsangebot ermöglichen und Ressourcen bündeln.

Die Errichtung von Gesamtschulen ist in Sachsen-Anhalt jedoch erschwert, weil Gesamtschulen Sekundarschulen und Gymnasien nicht ersetzen können, sondern neben ihnen in jeder Region diese Bildungsangebote vorgehalten werden müssen. Die PDS in Sachsen-Anhalt wird sich für Regelungen einsetzen, die es ermöglichen, Gesamtschulen in einer Region anstelle von Sekundarschulen und Gymnasien zu betreiben.

In ähnlicher Weise sind Schulverbände geeignet, in den Regionen Bildungspotentiale zusammenzuführen und effektiv zu nutzen. Schulverbände ersetzen nach dem gültigen Schulgesetz des Landes das Angebot der in ihnen zusammengefassten Schulen.

Das Abitur muss in Stadt und Land erreichbar sein

Die PDS in Sachsen-Anhalt hält es im Sinne ihres emanzipatorischen Grundanspruchs und für eine demokratische, nachhaltige und innovative Entwicklung des Landes für unabdingbar, dass viele und zunehmend mehr Jugendliche in den Städten und auch auf dem Lande, aus allen Bevölkerungsschichten das Abitur erwerben können. Deshalb soll ein gut erreichbares Netz entsprechender Bildungsangebote in der Fläche erhalten und auf stabiler Grundlage entwickelt werden. Das können eigenständige Gymnasien, Schulverbünde mit gymnasialen Angeboten, Gesamtschulen und Sekundarschulen gepaart mit zentralen gymnasialen Oberstufen sein.

Grundschule – kurze Beine, kurze Wege

In Grundschulen werden wichtige Fundamente für das Leben gelegt, zugleich müssen sie in besonderer Weise den Möglichkeiten und Bedürfnissen der jüngsten Schulkinder Rechnung tragen. Ihre Standorte sollen wohnortnah sein. Auch kleine und kleinste Grundschulstandorte mit mindestens 28 Schülerinnen und Schülern und einem eigens darauf abgestimmten pädagogischen Konzept sollen weiterhin eine Perspektive haben können.

Es erweist sich in vielen Fällen als nützlich, wenn Kooperationsbeziehungen zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten bestehen. Sie sollten im Interesse eines erweiterten Bildungsauftrages für Kindertagesstätten bewahrt und entwickelt werden.

Kinderfreundliche Möglichkeiten der Nutzung eines Hortes vor und nach dem Unterricht sollen erhalten bleiben.

Ganztagschulen als Chance für mehr und bessere Bildung entwickeln

Die PDS in Sachsen-Anhalt begrüßt das Programm der Bundesregierung „Zukunft Bildung und Betreuung“, das auf den Ausbau von Ganztagsschulangeboten gerichtet ist. Sie versteht dieses Programm nicht in erster Linie als ein Schulsanierungsprogramm. **Vielmehr sollen Ganztagschulen auf der Grundlage eines unverwechselbaren inhaltlichen Konzepts einen Beitrag zu mehr und besserer Bildung, zu Kreativität und zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten.**

In diesem Sinne bieten sie günstige Voraussetzungen zur Förderung besonderer Fähigkeiten, Neigungen und Talente sowie zum Nachteilsausgleich, die zielstrebig genutzt werden sollen.

Die Errichtung von Ganztagschulen verlangt die Abstimmung mit den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit, der kulturellen Jugendbildung und des Sports und die Entwicklung einer koordinierten Zusammenarbeit. Der Besuch einer Ganztagschule oder schulischer Ganztagsangebote sollte freiwillig sein. Deshalb muss bei der Gründung von Ganztagschulen geprüft werden, welchen Einfluss sie auf bestehende Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche nehmen wird.

Behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler sollen gemeinsam lernen können

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter und nichtbehinderter Menschen in Sachsen-Anhalt tritt die PDS dafür ein, an mehr und mehr Schulen die Voraussetzungen zu schaffen, dass behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsamen Unterricht besuchen können. Ausgehend von den Regelungen im Schulgesetz legt die PDS in Sachsen-Anhalt besonderen Wert auf den Ausbau integrativer Angebote.

Sonderschulen sollen enge Kooperationsbeziehungen mit anderen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen zur integrativen Ausbildung unterhalten und künftig noch vertiefen.

Um in Zukunft leistungsfähige Sonderschulen vorhalten zu können, wird es unumgänglich sein, verschiedene sonderpädagogische Förderschwerpunkte, Beratungstätigkeit und Prävention in Förderzentren zu bündeln.

Berufliche Ausbildung auf hohem Niveau

Die Ausbildung an berufsbildenden Schulen soll auf hohem Niveau gesichert werden. Die PDS in Sachsen-Anhalt hält es für richtig, in den oft gut ausgebauten Berufsschulzentren Kompetenzen zu bündeln und sie effektiv zu nutzen. Sie sollen in hoher Qualität ihre Aufgaben in der beruflichen Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung wahrnehmen und über Kooperationsbeziehungen mit allgemein bildenden Schulen einen wachsenden Beitrag zur wirtschaftlichen, ökologischen, technischen und technologischen Ausbildung im Rahmen einer umfassenden Allgemeinbildung leisten.

Zu dauerhaften Standorten der berufsbildenden Schulen sollten in der Regel die regional gut erreichbaren Zentren der Landkreise ausgebaut und erhalten werden.

Schülerbeförderung darf keine Barriere für das Lernen und für hohe Bildung sein

Eine wachsende Anzahl von Schülerinnen und Schülern wird künftig auf Leistungen der Schülerbeförderung angewiesen sein. **Die PDS in Sachsen-Anhalt tritt für effektive kurze Beförderungswege und ökologisch vertretbare Lösungen ein.**

Beförderungsangebote, die Schülerinnen und Schüler kostenlos nutzen können, sollen ihnen die Teilnahme am Unterricht, an außerunterrichtlichen Bildungsangeboten, die Teilnahme am Hort sowie an kulturellen und sportlichen Angeboten am Schulort ermöglichen. Schülerbeförderung soll gut auf den Bedarf abgestimmt werden, um lange Warte- und Fahrzeiten zu vermeiden. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit der Schule und den Trägern des Öffentlichen Personennahverkehrs unerlässlich.

Beförderungsmittel sollen sicher, kindgerecht und ausreichend ausgestattet sein.

Schülerinnen und Schüler sollten durch Schüler- und Studentenpässe u.ä. von den Kosten des innerstädtischen oder regionalen Personenverkehrs angemessen entlastet werden.

Der Bedarf nach Schülerbeförderung darf nicht zur Barriere für Bildungszugang werden. Die künftig oft längeren Wege gerade zu gymnasialen Bildungsangeboten legen diese Gefahr nahe. **Deshalb tritt die PDS in Sachsen-Anhalt dafür ein, auch für die Schülerinnen und Schüler des 11., 12. und 13. Schuljahrgangs die notwendigen Beförderungsleistungen unentgeltlich bereit zu stellen, solange sie über kein eigenes Einkommen verfügen.** Die damit verbundenen Aufwendungen der Landkreise müssen in den zweckgebundenen Zuweisungen des Landes im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes berücksichtigt werden.

Es darf auch nicht aus dem Blick geraten, dass die Entfernungen zu den Gymnasien künftig auch von Schülerinnen und Schülern des 5. Schuljahrgangs bewältigt werden müssen.

Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche

Die zunehmende Eigenverantwortung von Schulen, die die PDS in Sachsen-Anhalt begrüßt, die Entwicklung von Schulprofilen und spezielle schulische Bildungsangebote werfen Fragen zu Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen, zur freien Wahl der Schulen aller Schulstufen und Schulformen auf. **Die PDS in Sachsen-Anhalt hält es grundsätzlich für ein legitimes demokratisches Recht, wenn Schülerinnen und Schüler ihre Schule oder die Eltern die Schule ihrer Kinder selbst auswählen können.** Das schließt auch die Schulen in freier Trägerschaft ein.

Dennoch warnt sie davor, in Zeiten sich noch entwickelnder Schulnetze und drastisch abnehmender Schülerzahlen auf die administrative Festlegung von Schulbezirken und -einzugsbereichen in größerem Umfang zu verzichten. Die PDS in Sachsen-Anhalt sieht auch die Gefahr, dass auf diesem Wege soziale Benachteiligung und Ausgrenzung gefördert wird und „Restschulen“ entstehen können, die demotiviert, weder fähig noch in der Lage sind, hohen Bildungsansprüchen gerecht zu werden. Der wünschenswerte Wettbewerb zwischen Schulen um beste pädagogische Konzepte, zukunftsfähige differenzierte Angebote könnte unter diesen Bedingungen Verliererschulen hervorbringen, die dann gerade die Schwächsten der Gesellschaft notgedrungen aufsuchen müssen.

Der Besuch ausgewählter Schulen mit einem besonders herausragenden Bildungsangebot darf für Kinder und Jugendliche, die nicht am Schulort wohnen, nicht weiter erschwert und mit hohen finanziellen Aufwendungen belastet werden.

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit den erforderlichen Ressourcen

Die PDS in Sachsen-Anhalt bittet ihre Abgeordneten in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten, sich für eine solide und nachhaltige Schulentwicklungsplanung konstruktiv einzusetzen.

Sie steht für einen verantwortungsvollen Umgang mit allen für Kinder, Jugend und Bildung einzusetzenden Ressourcen des Bundes, des Landes, der Kommunen wie mit den Aufwendungen der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und den Leistungen aus privaten Initiativen und aus der Wirtschaft.

Bei Entscheidungen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung müssen die Gesamtkosten im Blick sein. Das schließt die Beachtung der durch das Land aufzubringenden erheblichen Personalkosten für die Lehrkräfte - den mit Abstand größten Anteil der Personalausgaben im Landeshaushalt - ebenso ein wie die vielfältigen bei den Kommunen anfallenden Aufwendungen und mögliche Folgekosten.

Die PDS in Sachsen-Anhalt tritt für eine stabile Personalausstattung der Schulen ein. In diesem Sinne fordert sie eine leistungsfähige Lehrerausbildung an beiden Universitäten in Sachsen-Anhalt, landesweit 4 % Vertretungsreserve sowie eine Personalsteuerung, die Unterrichtsausfall wirksamer als bisher einschränkt und einen effektiven Einsatz der Fachlehrerinnen und Fachlehrer sichert.

Schulen sind wertvolle in der Regel kommunale Investitionen. **Mittelfristige Schulentwicklungsplanung ist unverzichtbare Grundlage für Investitionen und Sanierungsaufgaben an Schulobjekten.**

Gerade unter der längerfristig anhaltenden demografischen Situation müssen Schulen als multifunktionale gesellschaftliche Einrichtungen konzipiert und entwickelt werden.

An vielen Schulen, besonders Sekundarschulen, besteht ein hoher Sanierungsbedarf. Dringend erforderlich ist eine dem pädagogischen Prozess angemessene Ausstattung und die Bereitstellung geeigneter Lehr-, Lern- und Unterrichtsmittel.

Selbst die Aufhebung von Schulstandorten verursacht erhebliche Kosten.

Viele Kommunen sind in ihrer Finanzsituation mit diesen Aufgaben überfordert.

Um so mehr bedarf es Planmäßigkeit und Effektivität auf der Grundlage eines soliden mittelfristigen Schulentwicklungsplans, der sinnvoll mit anderen regionalen Planungen vor allem auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendarbeit koordiniert ist. Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert darüber hinaus, auch das Engagement des Landes und generell die Finanzkraft der Kommunen zu verstärken.

Für einen demokratischen und konstruktiven Planungsprozess

Die PDS in Sachsen-Anhalt setzt sich für einen demokratischen, transparenten Planungsprozess und die Einbeziehung aller an Schule Beteiligten ein. Besonders tritt sie dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler als die eigentlichen Akteure von Schule zu Wort kommen können. Sie sollten nicht vereinnahmt, ihre Sichtweise unvoreingenommen in der Planung Beachtung finden. Es geht um ihren Arbeits- und für sie meist wichtigsten Lebensraum. Elternvertretungen auch der Schulen sollen rechtzeitig informiert und konstruktiv in die Planungsprozesse einbezogen sein.

Schulentwicklungsplanung darf nicht Verwaltungen und Behörden allein überlassen werden. Sie muss eingehend vor Ort beraten werden.

Die PDS in Sachsen-Anhalt plädiert für eine enge Verbindung von Schulbehörden und Schulverwaltungsämtern der Landkreise und kreisfreien Städte. Auch deshalb hält sie eine drastische Senkung der Zahl der Staatlichen Schulämter für falsch.

Die Abgeordneten in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten tragen für die Schulentwicklungsplanung eine hohe Verantwortung. In den Landkreisen und

kreisfreien Städten demokratisch gefundene Planungsansätze sollen akzeptiert werden.

Kommunale Egoismen erweisen sich für eine regional ausgewogene Schulentwicklungsplanung selten als hilfreich. Dennoch erwachsen sie in der großen Mehrheit aus nachvollziehbarer Sorge um das eigene Dorf, die eigene Stadt, das eigene Kietz. Sie können daher nur durch einen überzeugenden, transparenten und demokratischen Planungsprozess schrittweise und geduldig überwunden werden.

Jede Schulschließung greift in ein gewachsenes soziales Gefüge. Die Entscheidungen müssen gründlich bedacht, unterschiedliche Interessen an Hand nachvollziehbarer Kriterien fair abgewogen werden.

Zum Teil anzutreffende bildungsfeindliche Lösungen an Verwaltungsgrenzen belasten Kinder und Jugendliche wie auch die Kommunen. Die PDS in Sachsen-Anhalt bittet deshalb ihre kommunalen Abgeordneten, sich für eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen, den Landkreisen und den kreisfreien Städten wie zwischen den Verwaltungsgemeinschaften und zwischen den Gemeinden bereits während des Planungsprozesses selbst einzusetzen.

Die gegebenen rechtlichen Spielräume, einschließlich der Möglichkeiten des Verzichts auf Beiträge, wie Gastschulgelder, sollten besser genutzt werden.

Im Zusammenwirken der kreisfreien Städte mit ihrem Umland sollten vor allem ausgewählte Schulstandorte mit einem spezifischen Profil von vornherein gemeinsam entwickelt und gefördert werden. Das sollte auch die Abstimmung zu wichtigen Investitionsmaßnahmen umfassen. Die gemeinsame oder abgestimmte Gründung und Entwicklung innovativer Schulstandorte darf nicht an Stadt- und Kreisgrenzen scheitern. Von den Staatlichen Schulämtern wird dabei eine aktive Rolle erwartet.

Die Entwicklung der Schulstandorte in städtischen Randlagen und eingemeindeten Stadtteilen erfordert ein besonders sensibles Vorgehen.

Es besteht unmittelbarer Handlungsbedarf, zusätzliches Schulsterben zu verhindern

Mit der grundlegenden Novellierung des Schulgesetzes in diesem Jahr, der Neufassung der Verordnung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung und der Aufforderung an die Landkreise und kreisfreien Städte, die Schulentwicklungspläne bis zum 31. Dezember 2003 nach den neuen rechtlichen Regelungen zu überarbeiten, entsteht unmittelbarer Handlungsbedarf, zusätzliches Schulsterben zu verhindern.

<p>1. Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert von der Landesregierung Regelungen, die es ermöglichen, in bestimmten Regionen von der bisher geforderten durchschnittlichen mindesten Schülerzahl pro Jahrgang abzuweichen, wenn dies mit Erfordernissen der regionalen Gesamtentwicklung begründet ist. Ausgehend vom Landesentwicklungsplan tritt die PDS dafür ein, wenigstens in den Grundzentren Bildungsangebote mindestens bis zum 10. Schuljahrgang vorzuhalten. In bevölkerungsschwachen Grundzentren sollte dazu auf der Grundlage des</p>
--

Schulgesetzes eine Sekundarschule auch mit einer mittleren Jahrgangsbreite von lediglich 30 Schülerinnen und Schülern genehmigungsfähig sein.

Sie bittet ihre kommunalen Abgeordneten, bei der Diskussion der Schulentwicklungspläne darauf hinzuwirken, dass in diesem Sinne konstruktive Vorschläge der Planungsträger den Schulbehörden zur Genehmigung unterbreitet werden.

2. Die PDS in Sachsen-Anhalt warnt nachdrücklich aus grundsätzlichen bildungspolitischen Erwägungen aber auch aus planerischen Gründen vor der Einführung von Hauptschulen und Hauptschulklassen auf der Grundlage des nunmehr gültigen Schulgesetzes. Jede weitere Aufspaltung der in der Zahl abnehmenden Schülerschaft auf getrennte Schulformen und -klassen wird das Schulnetz weiter ausdünnen und Schulwege zusätzlich verlängern.

Die PDS tritt vielmehr für Schulverbünde und Gesamtschulen in integrierter und kooperativer Form ein, die in bestimmten Regionen helfen können, qualifizierte Bildungsangebote bereitzuhalten und einen effektiven Einsatz der Lehrkräfte zu gewährleisten. Diese Möglichkeiten sollen ausgebaut, nicht durch neuerliche Restriktionen eingeschränkt werden.

3. Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert, die Mindestschulgrößen im Sekundarschulbereich nicht wie vorgesehen starr bis zum Jahr 2009 festzuschreiben sondern *zeitweilig* auch eine mittlere Jahrgangsstärke von 30 Schülerinnen und Schülern zuzulassen, wenn künftig wieder ein Anstieg der Schülerzahl begründet erwartet werden kann, um so dem Sekundarschulnetz Stabilität zu verleihen und ein zusätzliches Schulsterben zu verhindern.

4. Die PDS in Sachsen-Anhalt fordert, die 5. und 6. Schuljahrgänge der Sekundarschulen für eine Übergangszeit, mindestens für zwei Jahre aus der Beurteilung der Schulmindestgrößen herauszuhalten.

Damit soll vermieden werden, dass die 2003 in die Sekundarschule eintretenden zahlenmäßig schwachen 4. Schuljahrgänge sich sofort auf die Genehmigungsfähigkeit der Sekundarschulen auswirken und unter anderen rechtlichen Voraussetzungen eingeleitete Planungsschritte empfindlich gestört werden.

Außerdem zeichnet sich in diesem Jahr eine starke Anwahl des Gymnasiums ab dem 5. Schuljahrgang ab. Unklar bleibt, ob dieser Trend anhält und wie viele Kinder an die Sekundarschulen zurückkehren. Die PDS schlägt deshalb vor, bei der Planung der Sekundarschulen von den bisher regional üblichen Übergangsverhalten nach der gemeinsamen Förderstufe auszugehen.

Magdeburg, 06. Mai 2003